

3  
4 **1. Einleitung**

5 Mit dem Einsetzungsbeschluss vom 6. Juni 2018 hat die Bundesregierung der Kommission „Wachstum,  
6 Strukturwandel und Beschäftigung“ einen konkret formulierten Auftrag erteilt und einen Zeitplan vorge-  
7 geben. Im Einsetzungsbeschluss heißt es:

8 *„Die Bundesregierung bekennt sich zu den national, europäisch und im Rahmen des Pariser Klimaab-*  
9 *kommens vereinbarten Klimaschutzzielen bis zum Jahre 2050. Der Klimaschutzplan der Bundesregie-*  
10 *rung aus dem Jahre 2016 beschreibt hierzu den schrittweisen Weg in Richtung einer weitgehend*  
11 *treibhausgasneutralen Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland bis Mitte des Jahrhunderts.“*

12 *„Mit der Umsetzung des Klimaschutzplanes wird sich der Strukturwandel in vielen Regionen und Wirt-*  
13 *schaftsbereichen beschleunigen, insbesondere im Sektor der Energieerzeugung. Die damit einherge-*  
14 *henden Veränderungen dürfen nicht einseitig zu Lasten der kohlestromerzeugenden Regionen gehen,*  
15 *müssen vielmehr Chancen für eine nachhaltige wirtschaftliche Dynamik mit qualitativ hochwertiger*  
16 *Beschäftigung eröffnen. Diese wollen wir aktiv nutzen und so Strukturbrüche sowie Einschränkungen*  
17 *der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vermeiden.“*

18 Um diesem Auftrag gerecht zu werden, legt die Kommission hiermit den Zwischenbericht zur Struk-  
19 turentwicklung vor. Mit diesem Zwischenbericht soll den Menschen vor Ort in den betroffenen Struk-  
20 turentwicklungsregionen frühzeitig eine Perspektive aufgezeigt werden.

21 Die Energiewende beschreibt einen Pfad einer politisch getriebenen, strukturellen Veränderung des  
22 Energiesystems. Diese durch klimapolitische Weichenstellungen im nationalen, europäischen und inter-  
23 nationalen Rahmen, aber auch im Rahmen eines rapiden technologischen Wandels entstehenden Ver-  
24 änderungen betreffen Technologien jeglicher Art sowie ökonomische, Unternehmens- und Beschäfti-  
25 gungsstrukturen wie grundlegende räumliche Entwicklung.

26 Der Erfolg der Energiewende im Kontext der globalen Herausforderungen wird sich vor diesem Hinter-  
27 grund nicht nur an der Frage entscheiden, ob und wie die großen Chancen durch neue Technologien,  
28 und Geschäftsmodelle genutzt werden, sondern auch an der Frage, ob Entwicklungen wie der beschleu-  
29 nigte Ausstieg aus der Kohleverstromung fair und ohne unbeherrschbare Strukturbrüche vollzogen wer-  
30 den kann.

31 Die Beschäftigten der Kohlewirtschaft haben historisch maßgeblich zum Aufbau Deutschlands als  
32 Industrie-nation beigetragen und leisten noch heute einen substanziellen Beitrag für den Wohlstand  
33 unserer Gesellschaft und eine sichere Energieversorgung. Dies schafft die Grundlage dafür, unsere  
34 Industriegesellschaft nachhaltig umzubauen und einen adäquaten, an den Klimazielen orientierten  
35 Umbaufad zu gestalten.

36 Der Strukturwandel in den Braunkohlerevieren hat zum Teil bereits begonnen. In den ostdeutschen  
37 Bundesländern ist zudem der flächendeckende Strukturwandel nach der deutschen Wiedervereinigung  
38 noch immer nicht abgeschlossen. Die Braunkohlereviere stehen vor der Herausforderung, bestehende  
39 Wertschöpfungsketten zu sichern und neue Wertschöpfungsketten aufzubauen, und gleichzeitig vor der  
40 Chance, den anstehenden Strukturwandel durch Innovationen zukunftsfähig zu gestalten.

41 Der Zusammenbruch großer Teile der ostdeutschen Industrie nach der Deutschen Einheit hat Wunden  
42 hinterlassen. Betriebliche Umstrukturierungen in der Energiewirtschaft in den folgenden Jahren haben

43 zudem einen weiteren starken Abbau der Beschäftigung jenseits öffentlicher Aufmerksamkeit zur Folge  
44 gehabt. Strukturpolitische Maßnahmen müssen deshalb in besonderer Weise die Erfahrungen der Men-  
45 schen in den ostdeutschen Bundesländern aufgreifen.

46 Der Kommission ist bewusst, dass eine erfolgreiche Strukturentwicklung ein andauernder Prozess ist.  
47 Auch Jahrzehnte nach dem Beginn des Endes des Kohlebergbaus liegt beispielsweise im Ruhrgebiet die  
48 Wirtschaftskraft weiter deutlich hinter der gesamtdeutschen Entwicklung zurück. Das Beispiel zeigt  
49 exemplarisch, dass eine reaktive Strukturpolitik nicht ausreichend ist. Dies darf sich in den Braunkoh-  
50 lerevieren nicht wiederholen. Vielmehr benötigen die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen eine  
51 proaktive Strukturentwicklung. Dafür gibt es bereits vielfältige Ansätze und Initiativen von Wirtschaft  
52 und Wissenschaft, Gebietskörperschaften und Zivilgesellschaft, um diese Herausforderungen nachhaltig  
53 und innovativ, aber auch sozial gerecht zu gestalten. Um diese Entwicklung selbst zu gestalten, brauchen  
54 Einwohner, Beschäftigte, Kommunen und Unternehmen einerseits eine breite gesamtgesellschaftliche  
55 und staatliche Unterstützung von EU, Bund und Ländern mit verlässlichen, langfristig wirksamen Rah-  
56 menbedingungen sowie möglichst breit verankerte regionale Perspektiven für die zukünftigen Entwick-  
57 lungen.

58 Die Beschleunigung der Energiewende, im Falle einer politischen Entscheidung für einen schnelleren  
59 Ausstieg aus der Kohleverstromung, begründet auch eine politische Verantwortung für die damit ver-  
60 bundenen Folgen. Eine politische Verantwortung ergibt sich nicht nur für Deutschland, sondern auch im  
61 europäischen und internationalen Kontext. Der Erfolg der Energiewende hat damit nicht nur eine ener-  
62 gie-, klima- und industriepolitische Dimension, sondern ist auch mit Blick auf regionalen Strukturwandel  
63 und gute Arbeit zu bewerten.

64 Ziel ist die Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze mindestens in einem Umfang, in dem die  
65 Regionen durch den Wegfall von Arbeitsplätzen in der Kohleindustrie betroffen sind in den betroffenen  
66 Regionen. Der Strukturwandel erfasst dabei nicht nur die Energiewirtschaft, sondern in besonderem  
67 Maße auch die energieintensive Industrie. Ein besonderes Augenmerk muss dafür auf den Erhalt der  
68 internationalen Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Branchen und auf der Gestaltung der dafür  
69 erforderlichen industriepolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland liegen. In den weiteren Berich-  
70 ten der Kommission werden zudem die Folgen eines Kohleausstiegs auf die industriellen Wertschöp-  
71 fungsketten abgeschätzt und Voraussetzungen für den Erhalt energieintensiver Branchen in Deutschland  
72 definiert.

73 Die Kommission ist der Überzeugung, dass die konkreten Maßnahmen für eine erfolgreiche Struk-  
74 turentwicklung intensiv im Zusammenhang mit den klima- und energiepolitischen Empfehlungen disku-  
75 tiert werden müssen. Die Inhalte des Zwischenberichts werden deshalb im Lichte der weiteren Beratun-  
76 gen konkretisiert und angepasst. Das Ziel dieses Zwischenberichtes ist es vor allem, die komplexen Fra-  
77 gen von Strukturwandel und Beschäftigung im Kontext des Auslaufens der Kohleverstromung in  
78 Deutschland zu strukturieren. Dies betrifft einerseits die Ausgangslage und die Rahmenbedingungen  
79 sowie die Beschreibung der Problem- und Handlungsfelder. Die Kommission wird sich in ihren weiteren  
80 Berichten mit einer Vielzahl von konkreten Maßnahmen zur Flankierung des Struktur- und Beschäfti-  
81 gungswandels beschäftigen. Vielfältige Detailvorschläge aus der Mitte der Kommission sind noch nicht  
82 abschließend beraten worden. Im Endbericht der Kommission soll auch der großen Detailtiefe und  
83 Bandbreite der Vorschläge, die der Kommission vorgelegt worden sind, Rechnung getragen werden. Dies  
84 ist vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache zu verstehen, dass eine ganze Reihe dieser Maßnahmen  
85 nur im engen Zusammenhang mit den angestrebten bzw. erwartbaren Entwicklungen im Bereich der  
86 Kohleverstromung belastbar diskutiert werden können. Die Kommission wird in ihrem Abschlussbericht  
87 die Perspektiven mit Empfehlungen für konkrete Maßnahmen unterlegen.

88 Alle Mitglieder der Kommission sind sich ihrer gemeinsamen Verantwortung für die auch in diesem Sin-  
89 ne historische Aufgabe bewusst. Die Ergebnisse der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Be-  
90 schäftigung“ müssen die historisch einmalige Chance nutzen, ambitionierten Klimaschutz mit einem  
91 nachhaltigen, industriellen Aufbruch in den von der Kohle geprägten Regionen und Standorten zu ver-  
92 binden. Das Potential der betroffenen Regionen zu Vorreitern für einen gelungenen Strukturwandel zu  
93 werden und beispielgebend für den Transformationsprozess in Europa hin zu einer klimaneutralen In-  
94 dustriegesellschaft zu sein, muss genutzt werden.

95

ENTWURF

## 96 2. Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung

### 97 2.1. Einsetzungsbeschluss und Auftrag

### 98 2.2. Zusammensetzung

### 99 2.3. Beratungsverlauf und Sachverständige

### 100 2.4. Bewertungsmaßstäbe der Kommission WSB

- 101 • Energiepolitisches Zieldreieck (Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit)
- 102
- 103 • **Strukturentwicklung, Vermeidung von Strukturbrüchen, Sicherung der Wertschöpfung, neue Perspektiven für Innovation, neue Geschäftsmodelle und sozialer Zusammenhalt**
- 104

105 Aus Sicht der Kommission zeichnen die folgenden Kriterien einen erfolgreichen Strukturentwicklungsprozess aus. Dabei stellt die Reihenfolge der Nennung keine Priorisierung dar. Aus Sicht der Kommission sind alle Punkte gleichrangig:

- 108 • Strukturbrüche in den Revieren werden vermieden.
- 109 • Eine gelungene Strukturentwicklung leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der freiheitlich demokratischen Grundordnung.
- 110
- 111 • Strukturentwicklung ist vorausschauend und richtet sich gleichermaßen an den Zielen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Umwelt- und Klimaschutz, sozialem Zusammenhalt, kultureller Identität und der Lebensqualität in den Regionen für alle Menschen aus.
- 112
- 113
- 114 • Die Menschen und Akteure in den betroffenen Regionen gestalten den Strukturwandel in ihrer Heimat durch ihr Engagement und ihre Ideen. Die Politik unterstützt diese Entwicklung und belässt die notwendigen Freiräume.
- 115
- 116
- 117 • Strukturentwicklung ist eine langfristige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen sowie den Sozialpartnern, Unternehmen und Menschen vor Ort und wird von diesen gemeinsam gestaltet und getragen.
- 118
- 119
- 120 • Strukturentwicklung erfolgt sozialverträglich. Sie sichert bestehende, hochwertige, mitbestimmte Arbeitsplätze oder schafft neue, hochwertige, und zukunftssichere Arbeitsplätze. Damit wird eine positive Beschäftigungsbilanz sichergestellt.
- 121
- 122
- 123 • Strukturentwicklung macht die Regionen zukunftsfähig und eröffnet ihnen neue Perspektiven. Sie unterstützt die Regionen dabei, sich für die Zukunft neu aufzustellen und sich bietende Chancen zu nutzen. Die Regionen werden damit zu Vorreitern für einen gelungenen Strukturwandel und beispielgebend für den Transformationsprozess in Europa hin zu einer weitgehend klimaneutralen Industriegesellschaft.
- 124
- 125
- 126
- 127
- 128 • Betriebsbedingte Kündigungen werden verhindert und den Beschäftigten entstehen keine unbilligen sozialen und ökonomischen Nachteile.
- 129
- 130 • Vor Ort bestehende Wertschöpfungsketten, auch die der bisher eng mit der Kohleverstromung verwobenen Industrien, werden gesichert und weiterentwickelt. Die wirtschaftliche Weiterentwicklung baut auf den bestehenden Industriekernen auf.
- 131
- 132
- 133 • Parallel zur Weiterentwicklung bestehender Wertschöpfungsketten werden neue aufgebaut, wobei auf in den Revieren bestehende Stärken aufgebaut und die Entwicklung neuer Wertschöpfungsketten
- 134

- 135 ten gefördert wird. Die Chancen neue und innovative Wertschöpfungsketten aufzubauen werden  
136 genutzt.
- 137 • Investitionen in eine moderne Infrastruktur dürfen nicht allein bestehende Lücken zum bundesdeut-  
138 schen Durchschnitt schließen, sondern setzen auch neue Standards. Attraktive infrastrukturelle Vo-  
139 raussetzungen sind Grundvoraussetzung für private Investitionen.
- 140 • Soziale wie kulturelle Infrastrukturen werden im Strukturwandel gesichert und weiterentwickelt.
- 141 • Die mit einem Ausstieg aus der Kohleverstromung verbundenen Effekte auf den Wirtschafts-  
142 standort Deutschland, beispielsweise mit Blick auf Verbundindustrien, werden so weit wie mög-  
143 lich vermieden und ansonsten kompensiert.
- 144 • Strukturentwicklung muss auf die Besonderheiten der Regionen eingehen. Sie berücksichtigt die  
145 unterschiedlichen Ausgangslagen und Perspektiven der Reviere und folgt revierspezifischen Stra-  
146 tegien. Strukturentwicklung unterstützt und stärkt die kulturelle Identität der Regionen. Die kurz-,  
147 mittel- und langfristigen Dimensionen der Strukturentwicklung sind ausgewogen zu berücksichti-  
148 gen.
- 149 • Der Prozess des Strukturwandels selbst schafft Vertrauen in Veränderung und neue Identifikation.
- 150 • Monitoring und professionelle Steuerung ermöglichen Anpassungen im Prozess des Strukturwan-  
151 dels.
- 152 • Die Gestaltung des Strukturwandels erfordert gleichermaßen Respekt vor den Motiven, die der  
153 Energiewende zugrunde liegen wie auch den Respekt vor den Menschen und den Lebensleistun-  
154 gen der Menschen, die vom Strukturwandel in besonderer Weise betroffen sind.
- 155 • Die bestehenden strukturpolitischen Instrumente dienen insbesondere der Angleichung struktur-  
156 schwacher Regionen an strukturstarke Regionen und leisten einen Beitrag zur Herstellung  
157 gleichwertiger Lebensverhältnisse. Ein klimapolitisch forciertes Strukturwandel erfordert deshalb  
158 nennenswerte zusätzliche strukturpolitische Fördermaßnahmen. Diese müssen bedarfsgerecht  
159 finanziert werden. Neben öffentlichen Investitionen etwa in die soziale, kulturelle und nachhalti-  
160 ge Verkehrsinfrastruktur sind prioritär zielgerichtete Anreize für private, industrielle Investitionen  
161 in den Revieren und an Kraftwerksstandorten notwendig.
- 162 • Die finanzielle Absicherung des Strukturwandels muss die klimapolitisch veranlassten Eingriffe in  
163 die Energieerzeugung angemessen berücksichtigen.
- 164 • Ziel der strukturpolitischen Maßnahmen muss die nachhaltige Weiterentwicklung der industri-  
165 ellen Wertschöpfungsketten in Deutschland sein. Es muss das Ziel sein, für die sinkende bzw. weg-  
166 fallende Wertschöpfung aus der Kohle adäquaten Ersatz bei Wertschöpfung und Beschäftigung in  
167 den Revieren zu schaffen. Ziel ist die nachhaltige Modernisierung des Industrielandes Deutsch-  
168 land, die Sicherung und Schaffung tarifvertraglich abgesicherter, mitbestimmter Arbeit und eine  
169 weitgehend treibhausgasneutrale Gesellschaft 2050.
- 170
- 171

172 Die Kommission legt ihrer Arbeit folgende Revierabgrenzung zugrunde:  
173 Die 2017 zwischen dem BMWi und den betroffenen Ländern abgestimmte geographische Ab-  
174 grenzung der vier Braunkohlereviere wird übernommen. Die Kommission hat sich somit bewusst  
175 für eine breite Abgrenzung der Reviere entschieden, um auch solche Gebiete zu erfassen, die ei-  
176 ne enge Verflechtung zur Braunkohlewirtschaft haben. Innerhalb der Reviere kann noch nach  
177 tatsächlicher Betroffenheit und überregionalen Auswirkungen des Strukturwandels differenziert  
178 werden.  
179 Darüber hinaus war sich die Kommission einig, dass im Ausnahmefall auch Projekte in die Förde-  
180 rung aufgenommen werden oder andere Unterstützungsmaßnahmen erhalten können, die nicht  
181 im Revier selbst liegen, aber für die Entwicklung im Revier hohe Bedeutung haben.

**Region des Lausitzer Reviers**

Brandenburg:

Kreis Dahme-Spreewald

Kreis Elbe-Elster

Kreis Oberspreewald-Lausitz

Kreis Spree-Neiße

Stadt Cottbus

Sachsen:

Kreis Bautzen

Kreis Görlitz

**Region des Mitteldeutschen Reviers**

Sachsen:

Stadt Leipzig

Kreis Leipzig

Kreis Nordsachsen

Sachsen-Anhalt:

Burgenlandkreis

Saalekreis

Stadt Halle

Kreis Mansfeld-Südharz

Kreis Anhalt-Bitterfeld

Thüringen:

Kreis Altenburger Land

**Region des Helmstedter Reviers**

Niedersachsen:

Stadt Braunschweig

Kreis Helmstedt

Kreis Wolfenbüttel

Stadt Wolfsburg

**Region des Rheinischen Reviers**

Nordrhein-Westfalen:

Rhein-Kreis Neuss

Kreis Düren

Rhein-Erft-Kreis

Städteregion Aachen

Kreis Heinsberg

Kreis Euskirchen

Stadt Mönchengladbach

182

### 183 3. Ausgangslage (inkl. bisherige Entwicklung und zukünftige Referenzentwicklung)

#### 184 3.1. Klimapolitische Ausgangslage

- 185 • Globale Entwicklung und völkerrechtliche Einordnung
- 186 • Europäische Entwicklung und Emissionshandel
- 187 • Nationale Ziele

188

#### 189 3.2. Energiewirtschaftliche Ausgangslage

- 190 • Europäische Rahmenbedingungen
- 191 • Energiemärkte
- 192 • Strompreise und Stromkosten
- 193 • Versorgungssicherheit
- 194 • Revierpläne

195

#### 196 3.3. Ausgangslage Wachstum und Beschäftigung und Innovationspotenziale

197 Deutschland zeichnet sich durch eine stabile gesamtwirtschaftliche Ausgangslage aus. So stellte das  
198 Bundeswirtschaftsministerium Anfang 2018 fest: „Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem steti-  
199 gen und breit angelegten Aufschwung mit einem soliden binnenwirtschaftlichen Fundament. Die Kapazi-  
200 täten sind gut ausgelastet, die Beschäftigung ist auf Rekordniveau und die Verbraucherpreise sind  
201 stabil.“<sup>1</sup>

202 Seit dem Ende der Finanzkrise befindet sich Deutschland in einem Wirtschaftsaufschwung. In den vergan-  
203 genen Jahren verzeichnete Deutschland ein stetiges und anhaltendes Wirtschaftswachstum von zuletzt  
204 2,2 Prozent im Jahr 2017.<sup>1</sup>

205 Allerdings trübt sich das weltwirtschaftliche Klima derzeit ein, u.a. wegen der sich verschärfenden weltwei-  
206 ten Handelskonflikte. Dies beeinträchtigt die deutsche Konjunktorentwicklung. Vor diesem Hintergrund  
207 hat die Bundesregierung ihre Wachstumsprognose für 2018 von 2,3 Prozent auf 1,8 Prozent und für 2019  
208 Jahr von 2,1 Prozent auf 1,8 Prozent gesenkt.

209 Getragen vom Wirtschaftswachstum hat sich auch die Lage am Arbeitsmarkt positiv entwickelt. Bun-  
210 desweit sank die Arbeitslosenquote in den letzten Jahren und lag im Durchschnitt des letzten Jahres bei  
211 5,7 Prozent.<sup>2</sup> Aktuell (September 2018) beträgt sie 5,0 Prozent. Bei zugleich verhaltener demografischer  
212 Entwicklung wächst in einigen Branchen und Regionen die Zahl der unbesetzten Stellen, zumeist ver-  
213 bunden mit einem Mangel an qualifizierten Fachkräften.

214 Dieser Fachkräftemangel wird immer mehr zu einem Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung.<sup>3</sup> Weitere  
215 Probleme des Standorts Deutschland sind Investitionsschwächen und langwierige Planungs- und Geneh-  
216 migungsverfahren.

#### 217 Bedeutung der Industrie für Wachstum und Wohlstand

218 In der Bundesrepublik erwirtschaftet die Industrie fast ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes – mehr als  
219 in den meisten anderen Ländern. Der industrielle Kern bildet dabei den Ausgangspunkt für die enge  
220 Verflechtung von Produzenten, Zulieferern und Dienstleistern und ist eine wichtige Voraussetzung für  
221 Innovation, Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Deutschland hat die Herausforderungen der

---

<sup>1</sup> Aktuelle Zahlen ergänzen

<sup>2</sup> Quelle; Im JWB verwendet die Bundesregierung die Methodik der Bundesagentur für Arbeit. Die dt. Methodik ist generell „strenger“ als die internationale, wodurch i.d.R. eine höhere Arbeitslosigkeit ausgewiesen wird.

<sup>3</sup> DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2018.

222 Finanzkrise 2008 auch deshalb besser als andere Länder gestemmt, weil es einen im internationalen  
223 Vergleich der OECD-Staaten hohen Industrialisierungsgrad hat. Der Beitrag der Industrie (Produzieren-  
224 des Gewerbe, ohne Baugewerbe) zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung in Deutschland lag 2017 bei  
225 26,1 Prozent oder 772 Mrd. Euro.<sup>4</sup>

226 Der größte Anteil der Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung (85 Prozent) wird in Deutschland  
227 durch die Industrie bereitgestellt.<sup>5</sup> Dadurch entwickelt sie innovative Technologien, effiziente Verfahren  
228 und markiert die Basis von Wertschöpfungsketten. Sie trägt damit auch zur Lösung von Umweltproble-  
229 men und zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen bei. Ihre gute Marktstellung und umfassende Kom-  
230 petenz prädestinierten deutsche Unternehmen als Entwickler, Anbieter und Leitanwender von Industrie  
231 4.0. Sie benötigen dafür allerdings langfristig stabile und berechenbare Rahmenbedingungen.

232 Ein zentraler Standortfaktor für die deutsche Industrie ist das Vorhandensein vollständiger industrieller  
233 Wertschöpfungsketten. Das Fundament dieser Wertschöpfungsketten bilden die energieintensiven In-  
234 dustrien, die die Grund- und Werkstoffe herstellen, auf denen die weiteren Fertigungsprozesse aufbauen.  
235 Sie stehen in einem internationalen Wettbewerb und sind daher in besonderem Maße abhängig von ei-  
236 ner wettbewerbsfähigen, preisgünstigen und sicheren Energieversorgung.

### 237 **Entwicklung energieintensive Industrien**

238 Trotz positiver wirtschaftlicher Entwicklung muss festgehalten werden, dass Deutschland zumindest in  
239 den energieintensiven Branchen von der Substanz lebt. Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass private  
240 Investitionen generell am Standort Deutschland nur zurückhaltend getätigt werden.<sup>6</sup> Exemplarisch dafür  
241 stehen die nominalen Nettoanlageinvestitionen der energieintensiven Branchen – das sind die Bruttoan-  
242 lageinvestitionen abzüglich der Abschreibungen. Diese sind im Schnitt der vergangenen Jahre (2000 bis  
243 2014) deutlich negativ. Nur in den Jahren 2000 und 2008 hatten diese Branchen positive Nettoinvestiti-  
244 onen.<sup>7</sup>

245 Auch der Strukturwandel der energieintensiven Industriebranchen, die als Hersteller von Grundstoffen  
246 vielfach Ausgangspunkt langer industrieller Wertschöpfungsketten sind, hat bereits begonnen. In den  
247 energieintensiven Branchen liegen die Investitionen in den vergangenen Jahren deutlich unterhalb der  
248 Abschreibungen. Folge ist eine schleichende Deindustrialisierung. Weitere Kostensteigerungen durch die  
249 Abschaltung von Kohlekraftwerken drohen diesen Prozess zu beschleunigen.

250 So ist das reale Nettoanlagevermögen in allen energieintensiven Sektoren (Papier-, Chemie-, Baustoffin-  
251 dustrie, Metallherzeugung) fast durchgängig jedes Jahr gesunken. Die Gesamtindustrie verzeichnet hinge-  
252 gen ein kleines Plus. Der Rückgang ist umso gravierender, da auch die aktivierten Ausgaben für For-  
253 schung und Entwicklung der jeweiligen Branchen umfasst sind.<sup>8</sup>

254 Zudem befinden sich die Standorte der Braunkohleindustrie überwiegend in Regionen, die bereits in der  
255 Vergangenheit teilweise tiefgreifende Strukturwandelprozesse durchlaufen haben. Vor dem Hintergrund  
256 dieser Ausgangslage werden die Überlegungen in der Kommission daher von der Auffassung getragen,

---

<sup>5</sup> Stifterverband (2016): Wissenschaftsstatistik des Stifterverbandes, Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft.

<sup>6</sup> Fratzscher-Kommission 2015: Stärkung von Investitionen in Deutschland.

<sup>7</sup> Statistisches Bundesamt 2017, Energieintensive Branchen: Papier, Chemie, Glas/Keramik, sowie Metallherzeugung und -bearbeitung.

<sup>8</sup> IW 2017: Energiepolitische Unsicherheit verzögert Investitionen in Deutschland. IW policy paper 13/2017.

257 dass erneute Strukturbrüche sowie soziale und demographische Verwerfungen für die Menschen in al-  
258 len Revieren dringend zu vermeiden sind und Wertschöpfungsketten vor Ort erhalten bleiben müssen.

### 259 **Innovationspotenziale**

260 Ein erheblicher Anteil der Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung wird durch die Industrie be-  
261 reitgestellt. Dabei entwickelt sie innovative Technologien, effiziente Verfahren und markiert die Basis  
262 von Wertschöpfungsketten. Sie trägt damit auch zur Lösung von Umweltproblemen und zum nachhalti-  
263 gen Umgang mit Ressourcen bei. Ihre gute Marktstellung und umfassende Kompetenz prädestiniert  
264 deutsche Unternehmen als Entwickler, Anbieter und Leitanwender von neuen Technologien wie der  
265 Sektorkopplung, der zirkulären Wirtschaft, nachhaltiger Mobilität und nachhaltigen, digitalisierten Wert-  
266 schöpfungssystemen. Sie benötigen für die Umsetzung allerdings langfristig stabile und berechenbare  
267 Rahmenbedingungen, vor allem Planungs- und Investitionssicherheit.

268 Von besonderer Bedeutung ist dabei die Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft. So induziert zum  
269 Beispiel die Zusammenarbeit von Unternehmen mit Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft einen An-  
270 stieg des Umsatzwachstums von 21% sowie des Produktivitätswachstums von 11%.<sup>9</sup> Aus makroökono-  
271 mischer Sicht führt jeder Euro an Auftragsforschung an die Fraunhofer-Institute zu einer Steigerung des  
272 BIP von bis zu 18 Euro.

### 273 **Regionale Wirtschaftsentwicklung**

274 Die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass erhebliche  
275 regionale Unterschiede beim Wirtschaftswachstum bestehen. So ist das Wachstum der Bundesländer, in  
276 denen sich die Braunkohlereviere befinden seit 2010 meist unterdurchschnittlich im Vergleich zum nati-  
277 onalen Durchschnitt, was auch den Strukturwandel in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen in  
278 diesen Ländern erschwert. In NRW lag das Wirtschaftswachstum sogar in allen Jahren seit 2010 unter  
279 dem deutschen Durchschnitt.

280 Es bestehen weiterhin deutliche Unterschiede der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb Deutschlands.  
281 Seit 1990 befinden sich die ostdeutschen Länder flächendeckend in einem wirtschaftlichen Strukturent-  
282 wicklungsprozess mit dem Ziel, hinsichtlich der Wirtschaftskraft an das westdeutsche Niveau aufzu-  
283 schließen. So erreichte die Wirtschaftskraft in Ostdeutschland im Jahr 2017 nur 73,2 Prozent des west-  
284 deutschen Niveaus.<sup>10</sup> Auch andere ökonomische Größen wie Kaufkraft, Bruttowertschöpfung, For-  
285 schungs- und Entwicklungstätigkeit der Privatwirtschaft, Exportorientierung, Unternehmensgrößen oder  
286 Lohnniveau weisen auf einen nach wie vor bestehenden Nachholbedarf hin.<sup>11</sup>

287 Der aktuelle Deutschland Report der Prognos AG (Prognos, 2018) bestätigt diesen Trend und prognosti-  
288 ziert, dass die Wirtschaftskraft bis 2045 auf zwei Drittel des Durchschnitts der westdeutschen Bundes-  
289 länder absinkt – auf das Niveau zur Jahrtausendwende. Insbesondere eine ungünstige demographische  
290 Entwicklung der ostdeutschen Flächenländer sowie die dort relativ geringen privaten FuE-Aktivitäten  
291 belasten die wirtschaftliche Entwicklung.

292 Zudem befinden sich die Standorte der Braunkohleindustrie überwiegend in Regionen, die bereits in der  
293 Vergangenheit einen Strukturwandelprozess durchlaufen haben. Vor dem Hintergrund dieser Ausgangs-

---

<sup>9</sup> (Comin et al., 2018)

<sup>10</sup> Quelle

<sup>11</sup> Fehlende große Unternehmenszentralen wirken sich dabei ganz unmittelbar auf die eigenständige Leistungsfähigkeit der Kommunen aus.

294 lage werden die Überlegungen in der Kommission daher von der Auffassung getragen, dass erneute  
295 Strukturbrüche sowie soziale und demographische Verwerfungen für die Menschen in allen Revieren  
296 dringend zu vermeiden sind.

297

### 298 **3.4. Strukturpolitische Ausgangslage**

#### 299 **Wirtschaftsstruktur in den Revieren und Wertschöpfung**

300 Die Wirtschaftskraft der betroffenen Regionen wird maßgeblich durch die Wettbewerbsfähigkeit w des  
301 Standortes Deutschland insgesamt beeinflusst. Strukturpolitik kann sich nur in einem wachstums-  
302 freundlichen Umfeld vollumfänglich und erfolgreich entfalten.

303 Die heute in den Revieren vorherrschenden Sektoren- und Branchenstrukturen sind maßgeblich dafür,  
304 wie groß die Herausforderungen des Strukturwandels sein werden. Sie stehen gleichzeitig für die wirt-  
305 schaftlichen Chancen, die aus den jeweiligen Stärken der Reviere entstehen können.

306 Die Wirtschaftsstruktur der Reviere ist nicht einheitlich. Gemeinsam ist ihnen aber, dass die Braunkoh-  
307 lewirtschaft in drei der vier Revieren - der Lausitz, dem Mitteldeutschen Revier und dem Rheinisches  
308 Revier - eine herausgehobene Rolle spielt.

309 Der Industrialisierungsgrad ist in diesen drei Revieren eher schwächer ausgeprägt als im Rest Deutsch-  
310 lands. Eine Ausnahme bilden die sogenannten Vorleistungsgüter im Rheinischen Revier (z.B. chemische  
311 Industrie und andere energieintensive Industrien).

312 Im Dienstleistungssektor weisen die Reviere jeweils unterschiedliche Stärken und Schwächen auf. Ge-  
313 meinsam ist allen Revieren aber eine geringere Bedeutung der höher entlohnten Finanz- und Versiche-  
314 rungsdienstleistungen sowie der Dienstleistungen rund um Information und Kommunikation auf.<sup>12</sup>

#### 315 **Beschäftigungssituation in den Revieren**

316 Die Kommission hat sich intensiv und wiederholt mit der Arbeitsmarktlage in den Revieren befasst. Ins-  
317 besondere die Arbeitslosigkeit, die Verfügbarkeit von Fachkräften und die Rolle der Braunkohlewirt-  
318 schaft als regionaler Arbeitgeber waren für sie von großer Bedeutung.

319 Positiv ist, dass vor dem Hintergrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre aber gera-  
320 de auch aufgrund des mit der Alterung einhergehenden deutlichen Rückganges des Erwerbersonenpo-  
321 tentials ist die Arbeitslosigkeit in den Braunkohlerevieren deutlich zurückgegangen ist. Dabei stellt das  
322 rückläufige Erwerbersonenpotential gleichzeitig ein Wachstumshemmnis dar. Die Aussagekraft der  
323 Arbeitslosenquote ist vor diesem Hintergrund nur begrenzt.

324 Die Braunkohlewirtschaft hat eine herausgehobene Rolle als Arbeitgeber in den Revieren. So sind im  
325 Lausitzer Revier im Wirtschaftszweig „Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Energiewirtschaft“, zu  
326 welchem die Braunkohlewirtschaft gezählt wird, gegenüber dem Bundesdurchschnitt mehr als doppelt  
327 so viele Menschen beschäftigt. Aktuell gibt es in allen vier Revieren zusammen rd. 20.000 direkt Be-  
328 schäftigte<sup>13</sup>. Überwiegend handelt es sich dabei um Arbeitsplätze mit hohem Qualifikationsniveau. Die

---

<sup>12</sup> Siehe RWI (2018): 207

<sup>13</sup> Nach den letzten veröffentlichten Zahlen der Statistik der Kohlewirtschaft e.V. waren zum **Ende des ersten Halb- jahres 2018** exakt 20.751 Menschen in der Braunkohlewirtschaft beschäftigt. Hierzu gehören 991 Auszubildende. Hinzugerechnet werden hier auch die Beschäftigten der Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-

329 Entlohnung ist in Relation zu den weiteren Beschäftigten in der Region sowie zu den meisten anderen  
330 Branchendeutlich überdurchschnittlich.

331 Der Anteil der im Braunkohlesektor direkt Beschäftigten an den insgesamt sozialversicherungspflichtig  
332 Beschäftigten liegt in der Lausitz bei ca. 2 % und im Rheinischen Revier bei 1,2%. In den beiden anderen  
333 Revieren lag der Anteil mit 0,3 (Mitteldeutsches Revier) bzw. 0,1 % (Helmstädter Revier) deutlich niedri-  
334 ger. Das bedeutet, dass der Anteil der im Braunkohlesektor direkt Beschäftigten an den insgesamt sozi-  
335 alversicherungspflichtig Beschäftigten in der Lausitz bei ca. 2 % und im Rheinischen Revier bei 1,2% liegt  
336 bei überdurchschnittlicher Entlohnung. In den beiden anderen Revieren lag der Anteil mit 0,3 (Mittel-  
337 deutsches Revier) bzw. 0,1 % (Helmstedter Revier) deutlich niedriger<sup>14</sup>.

338 Aufgrund der Verbindungen zur Vorleistungs-, Konsum- und Investitionsgüterindustrie sowie weiterer  
339 Kaufkrafteffekte geht die Kommission davon aus, dass von jedem direkten Arbeitsplatz in der Braunkoh-  
340 lewirtschaft je ein weiterer indirekter oder induzierter Arbeitsplatz direkt im Revier und ein weiterer  
341 außerhalb der engeren geographischen Abgrenzung abhängt. Insgesamt ist daher von rd. 60.000 Ar-  
342 beitsplätzen auszugehen, die im Zusammenhang mit der Braunkohlewirtschaft stehen.

343 Die Fachkräftesituation in den Revieren ist ambivalent. Die Zahl der MINT-Angestellten, d.h. die Zahl  
344 derjenigen, die in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik beschäftigt  
345 sind, liegt in den Revieren meist im bundesdeutschen Durchschnitt oder sogar darüber<sup>15</sup>. Hierzu trägt  
346 insbesondere die Energiewirtschaft mit ihrem relativ hohen Anteil an Ingenieuren und Naturwissen-  
347 schaftlern bei.

348 Der Kommission ist bewusst, dass insbesondere in der Lausitz und zum Teil im Mitteldeutschen Revier  
349 viele dieser MINT-Beschäftigten in den nächsten Jahren aus dem Berufsleben ausscheiden werden. Die  
350 Unternehmen der Braunkohlewirtschaft haben in ihrer Anhörung durch die Kommission klar zum Aus-  
351 druck gebracht, dass freiwerdende Stellen in ihren Unternehmen kontinuierlich nachbesetzt werden  
352 müssen, um den laufenden Betrieb aufrecht zu erhalten. Unter anderem aus diesem Grund investieren  
353 die Unternehmen der Braunkohlewirtschaft auch erheblich in die Ausbildung junger Leute. Sie sind so-  
354 mit ein wichtiger Anker für junge Menschen, die in den Revieren eine Ausbildungsstelle suchen, und  
355 spielen eine wichtige Rolle für die Bereitstellung überbetrieblicher Einrichtungen des dualen Systems. In  
356 der Aufrechterhaltung des Stamms an Facharbeitern in der Region (vorhandenes Personal, Weiterführung  
357 Ausbildung ggf. bereits heute mit neuen Schwerpunkten) liegt angesichts des deutschlandweiten Fach-  
358 kräftemangels ein kaum zu unterschätzender Standortvorteil.

359 Die Kommission hat in den Anhörungen zur Kenntnis genommen, dass die sozialversicherungspflichtige  
360 Beschäftigung in allen Revieren in den vergangenen Jahren gestiegen ist und neue Beschäftigungsmög-  
361 lichkeiten außerhalb der Braunkohlewirtschaft entstanden sind. Ein hohes Beschäftigungswachstum ist

---

Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV). Diese Mitarbeiter sind vor allem mit Arbeiten der Rekultivierung ehemaliger Braunkohlegebiete befasst. Aktuell arbeiten rd. 730 Menschen bei der LMBV.

Zur Beschäftigungssituation in der Braunkohlewirtschaft hat die Kommission die Braunkohleunternehmen selber angehört sowie das RWI-Leibniz-Institut mit einer Abschätzung beauftragt (Anhörung der vier Braunkohleunternehmen LEAG, MIBRAG und RWE am 29.08.2018 sowie RWI-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (2018): „Erarbeitung aktueller vergleichender Strukturdaten für die deutschen Braunkohleregionen“; Projekt für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie). Die vom RWI ermittelten Zahlen basieren ebenfalls auf Angaben Statistik der Kohlewirtschaft e.V.

<sup>14</sup> RWI-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (2018a). Zahlen für 2016 (letzte verfügbare Zahlen)

<sup>15</sup> Die einzige Ausnahme hier ist das Mitteldeutsche Revier.

362 vor allem im Dienstleistungsbereich zu beobachten, aber auch in bestimmten Bereichen des Verarbei-  
363 tenden Gewerbes steigt die Zahl der Beschäftigten in den Revieren.

#### 364 **Beitrag zum Steueraufkommen**

365 Eine weitere wichtige Größe für die Abschätzung der strukturpolitischen Ausgangslage ist der Anteil des  
366 Braunkohlesektors zum Steueraufkommen. Hierfür stützt sich die Kommission auf eine unabhängige  
367 wissenschaftliche Erhebung<sup>16</sup>.

368 Der Anteil des Braunkohlesektors am kommunalen Einkommensteueraufkommen bestätigt die grundle-  
369 genden Befunde zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Braunkohle. Einschließlich der indirekten  
370 und induzierten Beschäftigung liegt das den Kommunen in den jeweiligen Revieren zukommende Volu-  
371 men der Einkommensteuer aus der Braunkohlewirtschaft bei 12 Millionen Euro in der Lausitz, 19 Millio-  
372 nen im Rheinischen Revier und 3 Millionen Euro im Mitteldeutschen Revier. Der Anteil am gesamten  
373 Einkommensteueraufkommen in den Revieren liegt bei 0,7% (Mitteldeutsches Revier), 2,0% (Rheini-  
374 sches Revier) beziehungsweise 4,6% (Lausitz)<sup>16</sup>.

375 Ebenso muss der Landesanteil am Einkommensteueraufkommen berücksichtigt werden (42,5%), da über  
376 den Landeshaushalt ebenfalls Investitions- und Fördermaßnahmen in der Region vom finanziert werden.  
377 Somit trägt beispielsweise die LEAG im Lausitzer Revier mit 96 Mio. Euro zum Steueraufkommen bei.  
378 Gleiches gilt für MIBRAG und RWE entsprechend.

379 Die Kommission hat zur Kenntnis genommen, dass sich mit Blick auf das Gewerbesteueraufkommen in  
380 den verschiedenen Revieren ein unterschiedliches Bild ergibt. Eine besonders herausfordernde Situation  
381 ergibt sich hier mit Blick auf das Lausitzer Braunkohlerevier, in dem die Kommunen mit erheblichen Steuer-  
382 rückforderungen des vormaligen Eigentümers Vattenfall konfrontiert sind.

383 Die teilweise komplizierte Situation der Kommunen im Bereich des Steueraufkommens bedarf nach Auf-  
384 fassung der Kommission einer besonderen Aufmerksamkeit mit Blick auf die die Möglichkeiten zur Inan-  
385 spruchnahme von Fördermitteln etc.

#### 386 **Innovationskraft der Reviere**

387 Die Kommission hat außerdem die Innovationskraft der Reviere betrachtet. Hierbei handelt es sich um  
388 einen wichtigen Treiber für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Die Innovationskraft  
389 wird üblicherweise geschätzt anhand von indirekten Größen wie z.B. der Zahl der Patentanmeldungen  
390 oder der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung.

391 Wie bei vielen anderen Indikatoren zeigen sich auch hier deutliche Unterschiede zwischen den Revieren.  
392 So liegt das Helmstedter Revier nach den üblichen Kennziffern deutlich über dem Bundesdurchschnitt.  
393 Das Rheinische Revier liegt leicht darunter. Besonders schwach ist die Innovationskraft in der Lausitz  
394 und im Mitteldeutschen Revier ausgeprägt. So beträgt beispielsweise der Anteil der FuE-Beschäftigten  
395 an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Lausitz und im Mitteldeutschen  
396 Revier nur ca. 0,33%. Der Bundesdurchschnitt liegt hier bei 1,32%. Auch die Zahl der durchschnittlichen  
397 angemeldeten Patente ist in den ostdeutschen Revieren deutlich geringer als in den westdeutschen.

398 Dies liegt auch daran, dass die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten (FuE) hauptsächlich in den Kon-  
399 zernzentralen durchgeführt werden und diese in Ostdeutschland kaum vorhanden sind. Die nach der

---

<sup>16</sup> RWI (2018), Zusatzgutachten.... Auch hier ist die steuerfinanzierte Sanierungsgesellschaft LMBV mit enthalten, vgl. Fußnote 21 (Ergänzung Wodtke, Priggen, Grothus).

400 Wiedervereinigung privatisierten Unternehmen verzichteten vielfach aus Kostengründen auf eigene  
401 FuE-Abteilungen und entwickelten sich zu „verlängerten Werkbänken“.<sup>17</sup> Die wenigen Konzernzentralen  
402 in Ostdeutschland gehören traditionell zur (fossilen) Energiewirtschaft, zur energieintensiven sowie zur  
403 optischen Industrie. Daher muss für die Steigerung der Innovationstätigkeit gerade in Ostdeutschland  
404 das endogene Potenzial berücksichtigt und mit neuen Fördermechanismen unterstützt werden.

405 Auch bei der Gründungstätigkeit, einem weiteren Maßstab für die Innovationskraft, zeigt sich ein deutli-  
406 ches Gefälle zwischen den Revieren. Im Rheinischen Revier liegt die Zahl der Gründungen pro 10.000  
407 Erwerbsfähige nur knapp unter dem bundesweiten Durchschnitt, bei so genannten High-Tech-  
408 Gründungen im Produzierenden Gewerbe oder im Dienstleistungssektor (z.B. neue Software-  
409 Entwicklungen) verschwindet der Abstand sogar ganz. Hingegen finden im Mitteldeutschen Revier und  
410 noch einmal besonders in der Lausitz wesentlich weniger Gründungen statt als im Rest der Republik. So  
411 liegen vier der sieben Landkreise und kreisfreien Städte in der Lausitz im unteren Viertel der Grün-  
412 dungstätigkeit in Deutschland. In Mitteldeutschland gilt dies flächendeckend mit Ausnahme von  
413 Leipzig.<sup>18</sup>

414 Aus Sicht der Kommission sind die Gründe hierfür vielschichtig. Vor allem in der Lausitz spielt die klein-  
415 betriebliche Struktur der Wirtschaft eine Rolle.<sup>19</sup> Auch die relativ geringe Dichte von Universitäten und  
416 anderen öffentlichen Forschungseinrichtungen in den ostdeutschen Revieren im Vergleich zu den west-  
417 deutschen mag eine Ursache sein. Dazu passt, dass es, dort wo die Bedingungen stimmen, auch inner-  
418 halb der Lausitz Orte wie Görlitz mit deutlich überdurchschnittlicher Gründungstätigkeit gibt. Konkret  
419 gilt das für die Stadt Cottbus, welche dank der BTU Cottbus-Senftenberg über eine tiefe und breit gefä-  
420 cherte Forschungsinfrastruktur verfügt.

#### 421 **Demographische Entwicklung der Reviere**

422 Legt man die aktuellen Trends zu Grunde, wird die demographische Entwicklung in den beiden west-  
423 deutschen Revieren bis 2035 in etwa der von Deutschland insgesamt folgen. Umgekehrt schlägt der  
424 demographische Wandel stärker auf das Mitteldeutsche Revier und besonders die Lausitz durch. Es ist  
425 damit zu rechnen, dass in den nächsten ca. zwanzig Jahren die Zahl der Menschen, die in den beiden  
426 ostdeutschen Revieren leben, weiter schrumpfen wird. Gleichzeitig findet eine deutliche Alterung der  
427 Gesellschaft statt. Die Kommission geht davon aus, dass bis 2035 der Anteil der über 60jährigen an der  
428 Gesamtbevölkerung in der Lausitz etwa 45% betragen wird. Zum Vergleich: In Gesamtdeutschland wird  
429 der Anteil dieser Gruppe in 2035 auf ca. 36% geschätzt.

430 Da insbesondere die Gruppe der 20-60jährigen besonders aktiv am Arbeitsleben teilnimmt, erschwert  
431 der demographische Wandel den Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier und (besonders) in der  
432 Lausitz. Aus Sicht der Kommission ist daher entscheidend, vor allem für junge Menschen zu halten, zu-  
433 rück zu gewinnen oder neu für die Region zu begeistern. Zukunftsperspektiven in den Revieren aufzuzei-  
434 gen bzw. solche Perspektiven zu Erfolgsbestimmend hierfür ist eine leistungsfähige Bildungsinfrastruk-  
435 tur mit guten Ausbildungschancen und -bedingungen im dualen wie im akademischen Bereich sowie  
436 attraktive Zukunftsperspektiven in den Revieren, die aufzuzeigen oder neu zu schaffen sind.

---

<sup>17</sup> U. Blum, U. Ludwig, C. Lang, P. Marek: Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland: Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Halle 2011

<sup>18</sup> Vgl. Institut für Mittelstandsforschung: Regionales Gründungsgeschehen auf Basis des NUI-Indikators. [www.ifm-bonn.org](http://www.ifm-bonn.org).

<sup>19</sup> Vergleiche beispielsweise die Anhörung der Innovationsregion Lausitz GmbH am 18.09.2018

437 Kritische Auswirkungen des demografischen Wandels werden für den stark ländlich geprägten Raum wie  
438 folgt gesehen: Alterung der Gesellschaft, fehlende Versorgung in kleineren Ortsteilen, Ungleichgewicht  
439 bei der Verfügbarkeit von Mobilitäts-, Versorgungs-, Kultur- und Freizeitangeboten, Ausweisungen neuer  
440 Wohnbauflächen nicht ausreichend an Bedarf orientiert, Mangel an Möglichkeiten für die Nachnutzung  
441 leerstehender Gebäude, Gefahr von sterbenden Dörfern, Identitätsverlust sozialer Gefüge, Reduzierung  
442 auf Wohnstandorte, starke Pendlerbeziehungen, Gefahr einer Bevölkerungs-Abwanderung, Zersiede-  
443 lung.<sup>20</sup>

#### 444 **Zentralisierungsgrade der Reviere**

445 Aus Sicht der Kommission sind die Lage und die Siedlungsstruktur einer Region wichtige Rahmenbedin-  
446 gungen für deren wirtschaftliche Entwicklung. Für ländliche Regionen stellt der Strukturwandel grund-  
447 sätzlich eine größere Herausforderung dar als für urban geprägte. Die Ursachen sind vielfältig: Positive  
448 Wachstumsfaktoren wie die Anbindung an überregionale Märkte, ein breit gefächertes Fachkräfteange-  
449 bot, die Vernetzung prägender Unternehmen oder z. B. eine internationale Anbindung sind in ländlichen  
450 Regionen weniger stark ausgeprägt.

451 Die Reviere haben hier sehr unterschiedliche Ausgangsbedingungen. So sind die beiden ostdeutschen  
452 Regionen flächenmäßig größer, weitestgehend ländlich geprägt und zum überwiegenden Teil peripher  
453 gelegen. Dem gegenüber sind das Rheinische Revier und das Helmstedter Revier stark eingebunden in  
454 die sie umgebenden Ballungsräume<sup>21</sup>:

- 455 • **Lausitzer Revier** (sechs Kreise und die Stadt Cottbus): Alle Kreise der Region einschließ-  
456 lich der Stadt Cottbus als Oberzentrum werden von den Gutachtern als ländlich klassifi-  
457 ziert. Lediglich der nördliche Teil des Kreises Dahme-Spreewald profitiert von der Nähe  
458 zu Berlin.
- 459 • **Rheinisches Revier** (fünf Kreise, Städteregion Aachen, Stadt Mönchengladbach): Die  
460 Braunkohletagebaue liegen, wie in den anderen Revieren auch, im ländlichen Raum. Die  
461 sie umgebenden Kreise werden jedoch alle als sehr zentral und städtisch eingestuft. Zu  
462 nennen sind die Städteregion Aachen und Mönchengladbach als Oberzentren innerhalb  
463 der Region, zudem besteht eine Nähe zu Düsseldorf und Köln und anderen Oberzentren  
464 des Rheinlands.
- 465 • **Mitteldeutsches Revier** (sieben Kreise, Städte Leipzig und Halle): Das Mitteldeutsche  
466 Revier zeichnet sich durch meist ländliche Kreise aus, die peripher gelegen sind. Es um-  
467 fasst mit Leipzig jedoch auch eine Großstadt und mit Halle ein weiteres Oberzentrum.
- 468 • **Helmstedter Revier** (zwei Kreise, Städte Braunschweig und Wolfsburg): Das Helmstedter  
469 Revier ist die kleinste der vier Regionen. Mit Ausnahme des Kreises Helmstedt befindet  
470 es sich in einer städtisch geprägten Region, die zentral gelegen ist. Wolfsburg und  
471 Braunschweig sind Oberzentren in der Region.

472

---

<sup>20</sup> [https://www.indeland.de/assets/userfiles/Downloads/1-2015-03-23\\_Masterplan-indeland.pdf](https://www.indeland.de/assets/userfiles/Downloads/1-2015-03-23_Masterplan-indeland.pdf)

<sup>21</sup> Für eine Übersicht, siehe auch RWI-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (2018a): „Erarbeitung aktueller vergleichender Strukturdaten für die deutschen Braunkohleregionen“; Projekt für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

473 **Infrastrukturausstattung der Reviere (Straßen und Schienen, digitale Infrastruktur, energiewirtschaft-**  
474 **lichen Infrastruktur)**

475 Ein angebotsorientierter Neu- und Ausbau der Straßen- und Schieneninfrastruktur, verbunden mit ent-  
476 sprechenden Mobilitätskonzepten (z. B. gut abgestimmte Taktungen, umweltfreundliche Verkehrsträ-  
477 ger) ist vor allem in den ländlich geprägten Revierräumen eine grundlegende Rahmenbedingung für eine  
478 erfolgreiche Strukturentwicklung. Optimale Erreichbarkeiten innerhalb der Reviere (Nahverkehr), aber  
479 auch die überregionale Anbindung der Reviere an umliegende Ballungsräume (Fernverkehr) sind ent-  
480 scheidend für die Fachkräftegewinnung oder Anreize für Wirtschaftsansiedlungen sowie die generelle  
481 Lebensqualität der Menschen vor Ort. Durch eine bessere Anbindung kann die Attraktivität einer Region  
482 erhöht werden und durch die Verknüpfung mit regionalen Wachstumskernen können Wachstumsimpul-  
483 se auf die Reviere ausstrahlen. Durch eine passgenaue Einbindung von Regionen in Verkehrsnetze kön-  
484 nen diese Regionen zudem in überregionale Wertschöpfungsketten eingebunden werden.<sup>22</sup>

485 Die Zukunft ist digital – in der Wirtschaft und Industrie, in der Mobilität, in der Verwaltung, wie auch im  
486 Bildungswesen und Privatleben. Dafür ist die Digitale Infrastruktur von zentraler Bedeutung. Je höher  
487 deren Qualität bzw. Leistungsfähigkeit ist, desto größer sind die Chancen für die Reviere, wirtschaftliche  
488 Potenziale zu erschließen. Flächendeckende Breitbandabdeckung ist ein wesentlicher Standortfaktor.  
489 Auch nach Abschluss der laufenden Förderprojekte werden Gebiete verbleiben, die zwar mit mindestens  
490 30 Mbit/s, jedoch keiner gigabitfähigen Infrastruktur versorgt sind. Der Zugang zu hochleistungsfähiger  
491 digitaler Infrastruktur bietet Chancen und Entwicklungspotenzial. Hier wird der Ausbau der Breitband-  
492 netze auf Glasfaserbasis und die Ertüchtigung der Mobilfunknetze entscheidend sein.

493 Die Reviere haben als Standorte von Tagebauen und Kraftwerken eine im besonderen Maße ausgebaute  
494 und auf den Sektor „Energie“ zugeschnittene Infrastrukturausstattung, die auch für die künftige Entwick-  
495 lung moderner, intelligenter und nachhaltiger Energieerzeugungsanlagen und Energietechnologien An-  
496 knüpfungspunkte bietet<sup>23</sup>.

497 Insbesondere die Standorte von Kohlekraftwerken haben, unter anderem wegen der auf sie ausgerich-  
498 teten Netzinfrastruktur, einen hohen energiewirtschaftlichen Wert. Gleichzeitig werden die Kraftwerke  
499 mit Personal betrieben, das hohe Kompetenzen beim Betrieb von energietechnischen Anlagen und  
500 Prozessen hat. Die im Rahmen der Reduktion der Kohleverstromung notwendige Umgestaltung des  
501 Kraftwerksparks bietet auch Chancen. Einerseits können die regionalen Potentiale und teilweise sogar  
502 wesentliche Komponenten der Bestandsanlagen weiter genutzt werden. Andererseits können Energie-  
503 wende-Technologien erstmals großtechnisch eingesetzt werden. Die Regionen werden zu Vorreitern.  
504 Über die strukturpolitische Betrachtung hinaus liegt hier auch die Chance einer Signalwirkung. Andere  
505 Standorte und Regionen, die zukünftig vom Umbau der Stromerzeugung betroffen sein werden, können  
506 hiervon profitieren und bieten damit zukünftig auch Exportpotential für die deutschen Hersteller sol-  
507 cher Technologien.

508 **Betroffene von Tagebauumsiedlungen und Tagebaurandgemeinden**

509 In allen Revieren hat die Kommission Menschen aus den Tagebauregionen angehört, die ihre Betroffen-  
510 heit zum Ausdruck gebracht haben. Dabei gab es sowohl Familien, die ihre Heimat auf keinen Fall verlas-  
511 sen wollten, als auch solche die in neu gegründete Orte umgezogen sind.

---

<sup>22</sup> Vergleiche hierzu beispielsweise die Anhörung des Sachverständigen Prof. Gerhard Untiedt am 18.09.2018

<sup>23</sup> Gutachten IFOK et al. (2018):

512 Braunkohletagebaue sind der größte Eingriff in die Landschaft Deutschlands. Sie zwingen Menschen  
513 dazu, ihre Heimat aufzugeben und ihre Häuser zu räumen, die oft schon seit Jahrhunderten im Eigentum  
514 der Familien sind. Damit beeinträchtigen Tagebaue sehr stark die wirtschaftliche und soziale Struktur  
515 der Dörfer. Nur ein Teil der Bevölkerung geht mit an die Umsiedlungsstandorte. Die Landwirte, viele  
516 Handwerker und Läden verlassen die Dorfgemeinschaft, oft schon Jahre vor der endgültigen Umsied-  
517 lung. Ein Teil der ortsansässigen Unternehmen sieht sich durch drohende Umsiedlung in seiner Existenz  
518 bedroht.

519 Im Rheinischen Revier wurden mehr als 45 000 Menschen umgesiedelt, in der Lausitz mehr als 25.000.  
520 Dies belastet insbesondere die Minderheit der Sorben und Wenden in ihrem Bestreben, ihre Kultur und  
521 Identität zu erhalten.

522 Tagebaurandkommunen leiden unter dem Wegfall von Wegeverbindungen und wirtschaftlichen Bezü-  
523 gen in die Nachbarkommunen. Sie werden über Jahrzehnte direkt beeinträchtigt, etwa durch Lärm und  
524 Staub aus dem Tagebaubetrieb, aber auch durch den Verlust der Naherholungsmöglichkeiten in der  
525 Natur und des Landschaftsbildes. Dies macht diese Kommunen wenig attraktiv als Wohnort für Neubür-  
526 ger oder als Ansiedlungsstandort für Unternehmen. Erst weit in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts  
527 werden die Seen aus den jetzigen Großtagebauen wie Garzweiler, Inden, Hambach, Nochten und  
528 Welzow-Süd fertiggestellt sein.

529 Deswegen sieht es die Kommission als besondere Aufgabe an, gerade zur Verbesserung der Lebensbe-  
530 dingungen der Kommunen in der Tagebaurandlage beizutragen. Der Ausbau des schnellen Internet, die  
531 erleichterte Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten, eine gute Verkehrsanbindung und auch die  
532 Minimierung der Auswirkungen der laufenden Tagebaubetriebe auf diese Kommunen sind aus Sicht der  
533 Kommission vordringliche Aufgaben.

#### 534 **Kulturelle Prägung der Reviere**

535 Neben anderen regionalen Besonderheiten prägt die Braunkohleförderung die Regionen seit Jahrzehn-  
536 ten auch kulturell und identitätsstiftend. Dies schlägt sich nieder im Vereinsleben, dem lokalen Brauch-  
537 tum und zahlreichen weiteren Facetten des gesellschaftlichen Lebens. Dabei leisten die Unternehmen  
538 der Braunkohlewirtschaft durch Spenden und Sponsoring einen Beitrag dazu, die Region für ihre Be-  
539 wohnerinnen und Bewohner attraktiv zu machen.“

540

### 541 **3.5. Rechtliche Rahmenbedingungen Strukturpolitik**

#### 542 **Finanzverfassungs- und beihilferechtliche Rahmenbedingungen**

543 Für die Förderung strukturschwacher Regionen gelten in Deutschland besondere verfassungsrechtliche  
544 Rahmenbedingungen.

545 Zur Unterstützung des Strukturwandels ist der Bund grundsätzlich durch die Grundgesetzartikel 91a und  
546 104b ermächtigt. Auf Grundlage des Artikel 91a GG beteiligt sich der Bund an den Gemeinschaftsaufga-  
547 ben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und „Verbesserung der Agrarstruktur und  
548 Küstenschutz“ (GAK). Dabei ist die GRW das zentrale Instrument der nationalen Regionalpolitik. Ziel ist  
549 es, über die Stärkung der regionalen Investitionstätigkeit dauerhaft wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in  
550 der Region zu schaffen und zu sichern. Strukturschwache Regionen werden so gezielt aktiviert statt ali-  
551 mentiert.

552 Daneben ist der Bund durch Artikel 104b GG ermächtigt, Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investi-  
553 tionen der Länder und Gemeinden bzw. Gemeindeverbände zum Ausgleich unterschiedlicher Wirt-

554 schaftskraft im Bundesgebiet oder zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums zu leisten. Die Ge-  
 555 währung dieser Finanzhilfen setzt jedoch u. a. voraus, dass eine entsprechende Gesetzgebungskompe-  
 556 tenz des Bundes für den Verwendungszweck vorliegt. Finanzhilfen des Bundes für Bereiche, die in der  
 557 ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz der Länder liegen, sind in der Regel unzulässig.

558 **Beihilferechtliche Rahmenbedingungen innerhalb der Europäischen Union**

559 Im Rahmen der GRW werden die Arbeitsmarktregionen Deutschlands nach ihrer wirtschaftlichen Leis-  
 560 tungsfähigkeit abgegrenzt. Ausgangspunkt der Förderung der gewerblichen Wirtschaft in strukturschwa-  
 561 chen Regionen ist das über die EU-Regionalleitlinien beihilferechtlich definierte Regionalfördergebiet.  
 562 Europaweit wird in den Mitgliedsstaaten zwischen sogenannten A-, C- und D- Fördergebieten unter-  
 563 schieden, in denen Interventionen zu Gunsten der Wirtschaft möglich sind. Deutschland verfügt seit  
 564 2014 nicht mehr über Höchstfördergebiete (A-Gebiete). Über den vorgegebenen C-Bevölkerungsplafond  
 565 hinaus wurde in der GRW mit den D-Gebieten eine weitere Fördergebietskulisse eingeführt. Die Förde-  
 566 rung der gewerblichen Wirtschaft in diesen Gebieten unterliegt horizontalen beihilferechtlichen Vorga-  
 567 ben.

568 Für Deutschland gelten derzeit folgende Höchstfördersätze:

Fördergebiet	Höchstfördersatz 1.1.2018 bis 31.12.2020 (kleine / mittlere / große Unternehmen)
Prädefinierte und nicht prädefinierte C-Fördergebiete	30 / 20 / 10 Prozent
Prädefinierte C-Fördergebiete mit Grenzzuschlag (Gebiete die A-Fördergebiet angrenzen, Förderabstand zwischen diesen Gebieten darf nicht mehr als 15% betragen)	40 / 30 / 20 Prozent
D-Fördergebiete	20 / 10 / 200.000 €

569 Besondere Regelungen bestehen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben bzw. für Investiti-  
 570 onsbeihilfen für lokale Infrastrukturen.

571

572 Beihilfen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben:

Bereiche	Große Unter-nehmen	Mittlere Un-ternehmen	Kleine Unter-nehmen
Grundlagenfor-schung	100%	100%	100%
Industrielle For-schung	65%	75%	80%
Experimentelle Ent-wicklung	40%	50%	60%
Durchführbarkeits-studien	50%	60%	70%

573 Im Falle der Investitionsbeihilfen für lokale Infrastrukturen darf der Beihilfebetrug nicht höher sein als  
574 die Differenz zwischen den beihilfefähigen Kosten und dem Betriebsgewinn der Investition. Der Be-  
575 triebsgewinn wird vorab, auf der Grundlage realistischer Projektionen oder über einen Rückforderungs-  
576 mechanismus von den beihilfefähigen Kosten abgezogen.

577 Die wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen schränken somit die Fördermöglichkeiten in Abhän-  
578 gigkeit des Gebietsstatus ein.

579 Die ostdeutschen Braunkohleregionen (Lausitz und Mitteldeutschland) zählen in Deutschland noch im-  
580 mer zu den strukturschwächsten Regionen (C-Gebiete) mit den höchsten Förderintensitäten. Bei den  
581 westdeutschen Braunkohleregionen (Rheinisches Revier und Helmstedt) handelt es sich überwiegend  
582 um nicht strukturschwache Regionen im Sinne der Gemeinschaftsaufgabe bzw. der EU-  
583 Regionalleitlinien. Lediglich der Kreis Helmstedt und die Stadt Mönchengladbach sind als struktur-  
584 schwach eingeordnet(C-Gebiete). Somit sind die Ausgangslagen für regionalpolitische Interventionen zu  
585 Gunsten der Braunkohleregionen verschieden, entsprechend sind die Interventionsmöglichkeiten und  
586 Förderintensitäten unterschiedlich.

587 Die derzeitigen Beihilferegelungen laufen Ende 2020 aus. Die zukünftige Ausgestaltung der Beihilferege-  
588 lungen ab 2021 ist noch unklar. Es ist demnach noch offen, in welchen Beihilfestatus insbesondere das  
589 Lausitzer Revier und das Mitteldeutsche Revier künftig fallen werden.

- 590 **4. Maßnahmen im Energiesektor für Klimaschutz und Sozialverträglichkeit**
- 591 **4.1.** Vorgehen, um die Lücke zur Erreichung des 2020-Ziels so weit wie möglich zu reduzieren (Hand-
- 592 lungsoptionen, zentrale und begleitende Maßnahmen, Instrumentenmix)
- 593 **4.1.1.** *Begründung und Auswirkungen hinsichtlich*
- 594
  - *Beitrag zum Klimaschutz*
- 595
  - *Energiemarkt und Strompreise für Industrie, gewerbliche Wirtschaft und private Endver-*
- 596
  - *braucher*
- 597
  - *Versorgungssicherheit*
- 598
  - *Wertschöpfung und Beschäftigung*
- 599
  - *Rechtliche Umsetzbarkeit*
- 600
  - *Berücksichtigung des Tagebaubetriebs und sichere Nachsorge der Tagebaue*
- 601 **4.2. Maßnahmen zur zuverlässigen Erreichung des 2030er-Ziels**
- 602 **4.2.1.** *Begründung und Auswirkungen hinsichtlich*
- 603
  - *Beitrag zum Klimaschutz*
- 604
  - *Energiemarkt und Strompreise für Industrie, gewerbliche Wirtschaft und private Endver-*
- 605
  - *braucher*
- 606
  - *Versorgungssicherheit*
- 607
  - *Wertschöpfung und Beschäftigung*
- 608
  - *Rechtliche Umsetzbarkeit*
- 609
  - *Berücksichtigung des Tagebaubetriebes und sichere Nachsorge der Tagebaue*
- 610 **4.3. Abschlussdatum für die Kohleverstromung**
- 611 **4.3.1.** *Begründung und Auswirkungen hinsichtlich*
- 612
  - *Beitrag zum Klimaschutz*
- 613
  - *Energiemarkt und Strompreise für Industrie, gewerbliche Wirtschaft und private Endver-*
- 614
  - *braucher*
- 615
  - *Versorgungssicherheit*
- 616
  - *Wertschöpfung und Beschäftigung*
- 617
  - *Rechtliche Umsetzbarkeit*
- 618
  - *Berücksichtigung des Tagebaubetriebes und sichere Nachsorge der Tagebaue*
- 619
- 620

## 621 **5. Perspektiven für bestehende, neue und zukunftssichere Arbeitsplätze**

### 622 **5.1. Auswirkungen, strukturpolitische Effekte und Zukunftsvisionen für die Reviere**

623 Regionale Strukturentwicklung bedeutet, neue Perspektiven für die Regionen auf Basis ihrer Stärken zu  
624 entwickeln und frühzeitig mit Hilfe konkreter Maßnahmen umzusetzen. Denn das vorgezogene Ende der  
625 Nutzung der Braunkohle hat erhebliche Auswirkungen auf die Regionen. Sie stehen vor der Herausfor-  
626 derung, die langfristig ohnehin notwendige Strukturentwicklung früher anzugehen, als auf Basis der  
627 Revierpläne zu erwarten wäre.

628 Eine Grundvoraussetzung für gelingenden Strukturwandel ist ein eigenständiges, fortschreibungsfähiges  
629 und evaluierbares regionales Entwicklungskonzept, das das jeweilige Revier ganzheitlich und in seinen  
630 Wechselwirkungen mit der umgebenden Region zukunftsfest aufstellt.

631 Die Kommission hat sich bei Anhörungen in den Revieren ein Bild vor Ort gemacht, vor welchen Heraus-  
632 forderungen die Regionen bereits jetzt stehen und welche Auswirkungen der vorgezogene Ausstieg aus  
633 der Kohleverstromung in den Regionen haben kann. Darüber hinaus hat sich die Kommission darüber  
634 informiert, welche Potenziale in den Regionen bestehen, um mit diesen Herausforderungen erfolgreich  
635 umzugehen und die Chancen des Strukturwandels für sich zu nutzen. Sie ist zu ersten Einschätzungen  
636 gelangt, die insbesondere im Abschlussbericht noch weiter zu konkretisieren sind.

637 Deutschland hat mit der Bewältigung des Strukturwandels im Kohlebergbau bereits umfassend Erfah-  
638 rung gesammelt. Die Erfahrungen in den ostdeutschen Revieren sind vor allem vom teilweisen Zusam-  
639 menbruch der Braunkohleindustrie in den Jahren nach der Wiedervereinigung geprägt, während der  
640 Rückgang der Steinkohleförderung im Westen Deutschlands frühzeitig angegangen und strukturpolitisch  
641 umfassend begleitet wurde. Die negativen Effekte insbesondere im Ruhrgebiet wurden dadurch deutlich  
642 abgefedert. Erklärtes Ziel der Kommission ist es deshalb, aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu  
643 lernen und Strukturentwicklung frühzeitig, schrittweise und planbarer zu gestalten. Nur so können  
644 Strukturbrüche in den Regionen vermieden werden.

645 Obwohl die Ausgangslage in den Regionen jeweils unterschiedlich ist, starten die Regionen nicht bei  
646 Null. Denn der Wandel hat bereits begonnen und die Regionen der Braunkohlereviere sind dabei, sich  
647 aktiv auf die Zeit nach der Braunkohleverstromung einzustellen. Die Regionen verfügen über vielfältige  
648 Potenziale, die es zu heben gilt. Sie haben Vorstellungen für ihre Regionen, denn sie wollen sie zukunfts-  
649 fest, wirtschaftlich stark, attraktiv und lebenswert machen. Diese vorhandenen Potentiale bilden eine  
650 wichtige Basis, den anstehenden Wandel erfolgreich zu bewältigen.

#### 651 **5.1.1. Helmstedter Revier**

652 Im Helmstedter Revier hat die Braunkohleindustrie heute nur noch geringe Bedeutung. Im August 2016  
653 ist der Braunkohletagebau mit der Stilllegung des Tagebaus Schöningen beendet worden. Das Kraftwerk  
654 Buschhaus wurde 2016 in die Sicherheitsbereitschaft überführt. Weitere Braunkohle-Kraftwerke oder -  
655 Tagebaue sind nicht im Betrieb.

656 Die regionalen Oberzentren und die Automobilindustrie bilden derzeit eine stabile die Basis für die wirt-  
657 schaftliche Entwicklung dieses kleinsten der deutschen Braunkohlereviere. Die Herausforderungen be-  
658 stehen vielmehr darin, eigene Wachstums- und Entwicklungskerne zu schaffen und somit die Abhängig-  
659 keit von den Industriezentren beispielsweise in Braunschweig und in Wolfsburg zu verringern.

660 Das Revier hat vor kurzem das Helmstedter Regionalmanagement gegründet, welches die Rolle einer  
661 zentralen Koordinierungsstelle für die Gestaltung des Strukturwandels übernehmen soll. Die finanzielle  
662 Absicherung des Regionalmanagements ist jedoch noch nur bis 2020 gesichert.

663

664

### 665 5.1.2. Lausitz

666 Der Wirtschaftsstandort Lausitz unterscheidet sich von den anderen Revieren in Nordrhein-Westfalen  
667 und Mitteldeutschland insofern, als dass hier von einer historisch gewachsenen besonderen Bedeutung  
668 der Braunkohlewirtschaft gesprochen werden kann. Exemplarisch kann hier die Wirtschaftsstruktur des  
669 Landkreises Görlitz betrachtet werden, wo 2015 946 Mio. Euro oder 16,2 % der gesamten Bruttowert-  
670 schöpfung im Energiesektor erwirtschaftet wurde. Im Bereich des produzierenden Gewerbes (ohne  
671 Bauhauptgewerbe) erwirtschaftete der Energiesektor sogar die Hälfte (48,6 %) der Wertschöpfung<sup>24</sup>. Im  
672 nördlich gelegenen Landkreis Spree-Neiße sehen die Zahlen ähnlich aus, wo aufgrund der Bergbau- und  
673 Energiewirtschaft das produzierende Gewerbe 68 % der gesamten Bruttowertschöpfung ausmacht (Lan-  
674 desamt für Bauen und Verkehr Brandenburg). In der Lausitz erzielte die Braunkohlewirtschaft in 2016  
675 nach den Berechnungen des RWI eine Bruttowertschöpfung von knapp über 1,2 Mrd. Euro, was einem  
676 Anteil an Wertschöpfung in der Region von 4,3% entspricht. Die LEAG selber bezifferte ihre jährliche  
677 Wertschöpfung in der Lausitz mit rund 1,4 Mrd. Euro.

678 Zu den gut 8.000 direkt bei der LEAG in der Bergbau- und Energiewirtschaft Beschäftigten kommen nach  
679 nachvollziehbaren Schätzungen noch einmal rund 500 Unternehmen mit ca. 16.000 Arbeitnehmern hin-  
680 zu, die als Service- und Zuliefererbetriebe unmittelbar und mittelbar von der Kohle- und Energiewirt-  
681 schaft abhängen (unterschiedliche Abhängigkeitsgrade). Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass in  
682 den letzten Jahren weitere große industrielle Arbeitgeber in der Region vor großen Schwierigkeiten  
683 standen.

684 Die Lausitz ist heute einer der wichtigsten Industriestandorte der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.  
685 Die Region hat den Anspruch, ein Industriestandort zu bleiben, und dabei eine moderne, attraktive, zu-  
686 kunftsgerichtete Wirtschaftsregion aufzubauen.

687 Dazu müssen die erkennbaren Defizite in den Infrastrukturen behoben werden, wie beispielsweise eine  
688 lückenhafte Ausstattung mit digitaler Infrastruktur und Defizite in der Verkehrsinfrastruktur (Straße,  
689 Schiene und Wasser). Im Fall der Lausitz geht es dabei insbesondere um die dringend notwendige, ver-  
690 besserte Anbindung an die umliegenden Metropolräume.

691 Für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sind junge, tatkräftige Fachkräfte notwendig. In der  
692 Lausitz muss deshalb der demographischen Entwicklung und dem damit verbundenen rückläufigen Er-  
693 werbepersonenpotential entgegengewirkt werden, da der Wettbewerb um hochqualifizierte MINT-  
694 Fachkräfte zukünftig ohnehin bundesweit weiter zunehmen wird. Die gut ausgebildeten Fachkräfte aus  
695 dem Braunkohlesektor sind daher eine wertvolle Ressource für die zukünftige Strukturentwicklung.

696 Die Steigerung der Innovations- und somit Wettbewerbsfähigkeit in der Lausitz spielt eine zentrale Rolle  
697 im Strukturentwicklungsprozess. Anknüpfend an bestehende Kompetenzen und Forschungsprofile gibt  
698 es Potentiale für weitere technologieorientierte Ausgründungen. Dabei spielt die Verbesserung der  
699 Rahmenbedingungen für Existenzgründungen eine wichtige Rolle. Das bestehende Innovationssystem  
700 der Lausitz (private FuE-Anstrengungen und FuE-Personalintensität) kann weiter ausgebaut werden, um  
701 Spillover-Effekte zu erzeugen. Weiterhin könnten außeruniversitäre Forschungseinrichtungen der Leib-  
702 niz- oder der Fraunhofergesellschaft gezielt in der Lausitz angesiedelt und mit den bestehenden For-  
703 schungseinrichtungen verknüpft werden, um Forschungs- und Entwicklungspotentiale zu heben.

704 Bedeutende Branchen in der Lausitz sind neben der Energiewirtschaft im industriellen Bereich die Er-  
705 nährungswirtschaft, die Chemie-, Papier- und Kunststoffindustrie, die Metallerzeugung, -bearbeitung  
706 und das Herstellen von Metallerzeugnissen. Weiterhin ist der Maschinenbau inkl. Fahrzeug-  
707 bau/Fahrzeugteile und auch das Herstellen elektrischer und optischer Erzeugnisse und Ausrüstungen zu

---

<sup>24</sup> Statistisches Landesamt Sachsen 2017

708 nennen. In jüngerer Zeit ist der Tourismus hinzugekommen (Görlitz, Lausitzer Seenland). Darüber hinaus  
709 bestehen im Dienstleistungssektor gute Anknüpfungspunkte im Bereich Logistik und Mobilität.

710 Unter Einbindung der Oberzentren Dresden und Cottbus besteht eine ausgeprägte und in Teilen bereits  
711 heute exzellente universitäre wie außeruniversitäre Forschungslandschaft mit besonderen Entwick-  
712 lungsschwerpunkten bzw. Entwicklungsvoraussetzungen in den Bereichen Energie, Mobilität, Bioöko-  
713 nomie/ Ressourceneffizienz, Gesundheit/Kultur/Tourismus und Künstliche Intelligenz.

714 Die Lausitz besitzt wichtige Grundlagen, um auch unter veränderten energiepolitischen Rahmenbedin-  
715 gungen weiterhin eine starke Energieregion zu bleiben. Die energiespezifischen Kompetenzen der Regi-  
716 on bietet die Möglichkeit, die europaweit zu beobachtenden Veränderungen der Energiesysteme von  
717 derzeit zentral zu zukünftig weitgehend dezentral Strukturen zu begleiten:

- 718 • Die Netzknoten um Jänschwalde, Schwarze Pumpe (und Boxberg) bieten eine gute Voraus-  
719 setzung für eine energetische Nachnutzung z. B. für den Bau eines Gaskraftwerks. Im Lausit-  
720 zter Revier gibt es bis 2030 außerdem deutliche Ausbaupotentiale für Wind-Onshore- und  
721 Photovoltaikanlagen sowie so genannte Hybridkraftwerke (kombinierte Windenergie- und  
722 Photovoltaikanlagen am selben Netzanschlusspunkt).
- 723 • Weiterhin besteht nennenswerte Potenziale für erneuerbare Power-to-X-Vorhaben auf Basis  
724 Erneuerbarer Energien. Grund dafür sind gute regionale Abnahmepotentiale für Fernwärme  
725 und Wasserstoff – zum Beispiel durch die Nutzung von Wasserstoff zur Herstellung von  
726 Ammoniak, in Raffinerien (Schwedt) oder als Grundstoff in der chemischen Industrie (BASF  
727 Schwarzheide). Perspektivisch könnte Wasserstoff auch in das dort gut ausgebaute Erdgas-  
728 netz stärker beigemischt werden, da die Trasse der Gasleitung OPAL in der Nähe verläuft.
- 729 • Im Bereich der Energieforschung ist die BTU Cottbus-Senftenberg mit den Kompetenzen bei  
730 der Spitzentechnologieforschung, Wasserstoff-Forschungszentrum und Hybridkraftwerk,  
731 Forschungen zur Netzintegration (Netzforschungs- und Trainingszentrum, Netzstudien) und  
732 eSolCar (Potenzial von Elektrofahrzeugen zur Energiezwischenspeicherung) tätig.
- 733 • Das Forschungsinstitut für Bergbaufolgelandschaften Finsterwalde e.V. (FIB) entwirft Anpas-  
734 sungsstrategien für Bergbaufolgelandschaften und andere in ihrer Funktion beeinträchtigte  
735 Lebensräume bzw. Ökosysteme (optimierter Energiepflanzenanbau, Auswirkungen des Kli-  
736 mawandels auf Wasser, Boden und Pflanze).
- 737 • Der Industriepark Schwarze Pumpe zeigt, wie durch gute Kombination von Industrien, durch  
738 eine vorhandene Ansiedlungsstrategie und ein gutes Zusammenwirken öffentlicher Verwal-  
739 tung mit Wirtschaftsförderung und Unternehmen Strukturentwicklung gelingen kann.
- 740 • Weitere Nutzungspotentiale bestehen in der Übergangsphase bei der Nutzung von Syner-  
741 gieeffekten zwischen der Braunkohlenindustrie und der chemischen Industrie hinsichtlich  
742 der stofflichen Nutzung der Braunkohle.
- 743 • Darüber hinaus ist es für den Strukturwandel zwingend und gleichermaßen eine eigene wirt-  
744 schaftliche Chance, die Kompetenzen von LEAG und LMBV für ein „Nachhaltiges Post-  
745 Mining“ Konzept regional, in der späteren Vermarktung aber auch international verfügbar zu  
746 machen.

747 Mit der von der Wirtschaft der Lausitz getragenen Innovationsregion Lausitz GmbH (IRL) und der von der  
748 kommunalen Ebene getragenen Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL) verfügt die Lausitz bereits heute  
749 über regionale Strukturen für Akteure der Wirtschaft, an die im Zuge der weiteren Strukturentwicklung  
750 angeknüpft werden kann. Während die IRL seit zwei Jahren Unternehmen darin unterstützt, neue Pro-  
751 dukte zu entwickeln und neue Märkte zu erschließen und so unabhängiger von Aufträgen der Braunkoh-  
752 leindustrie zu werden, hat die WRL erst im Sommer 2018 ihre Arbeitsfähigkeit hergestellt. Unterstützt

753 durch eine gemeinsame Förderung des BMWi, des Freistaates Sachsen und des Landes Brandenburg in  
754 Höhe von 7,3 Mio € ist die WRL dabei, für die Lausitz einen Leitbildprozess aufzusetzen. Diese Ergebnisse  
755 müssen bei der Umsetzung der Ergebnisse der Arbeit der Kommission berücksichtigt und einbezogen  
756 werden.

### 757 5.1.3. Rheinisches Revier

758 Historisch begünstigt durch die Strom- und Wärmeversorgung im Rheinischen Braunkohlerevier, entwi-  
759 ckelten sich in diesen Regionen eine Reihe von Industrien, für welche Strom, Gas und Wärme unab-  
760 dingbare Einsatzfaktoren sind. Auch heute hat der industrielle Einsatz von Energie im rheinischen Re-  
761 vier eine deutlich größere Bedeutung als im Landes- und Bundesdurchschnitt, weshalb Wohlstand und  
762 Beschäftigung in diesen Regionen in besonderem Maße von einer wettbewerbsfähigen Energieversor-  
763 gung abhängen. Maßgeblich ist der überdurchschnittliche Anteil energieintensiver Industrien an der  
764 Wertschöpfung. Die in diesen Branchen erzielte Wertschöpfung beträgt 7,1 Mrd. Euro bei 32 Mrd. Euro  
765 Umsatz

766 Neben der stromintensiven Industrie sind weitere Industriezweige im Rheinischen Revier und auch in  
767 den anderen Revieren derzeit von der Braunkohlenutzung abhängig. Dies betrifft vor allem die Roh-  
768 stoffversorgung bei der Gips-Produktion und die Zucker-Industrie. Ca. 55% der heutigen Gipsrohstoffe  
769 werden derzeit aus der Rauchgasentschwefelung von Kohlekraftwerken (REA-Gips) gewonnen. Der  
770 Rohstoff REA-Gips wird in Produktionsstandorten der Gipsindustrie im gesamten Bundesgebiet verar-  
771 beitet. Der fortlaufende Ausstieg aus der Kohleverstromung wird zu einem massiven Rückgang der  
772 REA-Gipsproduktion führen.

773 Im Rheinischen Revier betrug die Bruttowertschöpfung im Braunkohlesektor in 2016 etwa 1,7 Mrd.  
774 Euro. Der Anteil der regionalen Wertschöpfung insgesamt lag damit bei rund 2,4%. RWE schätzte sei-  
775 nen direkten Beitrag zur Wertschöpfung im Rheinischen Revier auf rund 2,0 Mrd. Euro pro Jahr.

776 Daraus wird ersichtlich, dass im auch Rheinischen Revier die Herausforderungen erheblich sind. Zugleich  
777 gibt es aber auch sehr gute Chancen für einen gelingenden Strukturwandel, sofern die Rahmenbedin-  
778 gungen richtig gesetzt werden.

779 Die Ausgangsbedingungen für den weiteren Strukturwandel im Rheinischen Revier sind besonders gut.  
780 Die Region profitiert zum einen von einer Reihe von Standortvorteilen im Vergleich zu den anderen Re-  
781 vieren. Hierzu zählt beispielsweise die Siedlungsstruktur. Mit Aachen und Mönchengladbach gehören  
782 zwei Oberzentren zur Region. Zu nennen ist auch die Nähe zu den Zentren des angrenzenden Rhein-  
783 lands, besonders Köln, Leverkusen, Düsseldorf und Bonn. Die (Energie-)Infrastrukturausstattung und die  
784 Anbindung sind gut. Vorteilhaft ist weiter, dass die Region über eine sehr gute Hochschul- und For-  
785 schungslandschaft verfügt. Hierzu gehören beispielsweise die RWTH Aachen, das Forschungszentrum  
786 Jülich sowie mehrere Universitäten und Fach- und Technische Hochschulen.

787 Das Revier kann ferner auf seine starke Wirtschaftsstruktur aufbauen. Neben der Energiewirtschaft und  
788 den energieintensiven Industrien zählen dazu auch beispielsweise Unternehmen aus den Bereichen  
789 Ressourceneffizienz, Mobilität und Logistik. Auch in den Bereichen Digitalwirtschaft sowie der Landwirt-  
790 schaft bestehen Anknüpfungspunkte.

791 Schließlich ist das Rheinische Revier bereits weit vorangeschritten beim Aufbau von Strukturen, um den  
792 Strukturwandelprozess zu begleiten bzw. zu unterstützen. Mit der Zukunftsagentur Rheinisches Revier  
793 wurde eine Institution geschaffen, die die Rolle einer zentralen Koordinations-Plattform im Revier über-  
794 nimmt und mit den anderen regionalen Akteuren vernetzt ist.

795 Zur Schaffung neuer Wertschöpfungsketten und zukunftssicherer Arbeitsplätze bestehen folgende An-  
796 satzpunkte<sup>25</sup>:

- 797 • Energie und Industrie: Das Rheinische Revier soll sich als Energierevier der Zukunft positio-  
798 nieren und ein Modellstandort im künftigen Energiesystem werden. Als konkrete Maßnah-  
799 men werden beispielsweise die Etablierung eines regionalen Energiemanagements und der  
800 Aufbau eines Campus für Low Carbon-Technologien für die energieintensive Industrie ge-  
801 nannt. Weiterhin ist das Rheinische Revier als Standort für wichtige Betriebssitze von RWE,  
802 von vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen der Energiewirtschaft, von Unter-  
803 nehmen der energieintensiven Industrie und einer ausgefeilten Universitäts-, Hochschul-  
804 und Forschungsinfrastruktur mit internationaler Exzellenz in Energie und Produktion.
- 805 • Innovation und Bildung: Das Revier soll eine wegweisende Gründungskultur entwickeln („In-  
806 novation Valley Rheinland“); Ausgründungen aus Hochschulen und wissenschaftlichen Ein-  
807 richtungen führen zu neuen Ansiedlungen im Revier. Hierfür werden beispielsweise Hoch-  
808 schulerweiterungen (z.B. TH Köln Campus Rhein-Erft) und die Errichtung von fünf Innovation  
809 Hubs und Gründerzentren im Rheinischen Revier (u.a. Brainergy Hub Jülich) in den Blick ge-  
810 nommen.
- 811 • Raum und Infrastruktur: Hierzu zählt etwa die Nachnutzung von Kraftwerksstandorten, das  
812 Schaffen von Modellquartieren und die Schaffung eines multifunktionalen Landschaftsparks.  
813 Die zukunftsfähige Neuausrichtung des Rheinischen Reviers erfordert außerdem den Ausbau  
814 geeigneter Verkehrsinfrastrukturen, um den Raum zu erschließen und dessen Entwicklungs-  
815 potenziale optimal an die großen Ballungszentren wie Köln, Düsseldorf, Mönchengladbach  
816 und Aachen anzubinden. Neue intelligente Verkehrsangebote in Kombination mit innovati-  
817 ven Technologien und Antriebssystemen (schnelle Radwege, Ausbau Schienenverkehr, neue  
818 Verkehrsstrassen / notwendige Lückenschlüsse, Ausbau klimaneutraler Mobilität im ländli-  
819 chen Raum, Aufbau smarterer Logistik-Zentren etc.) können dabei helfen, Distanzen leichter  
820 zu überwinden und urbane wie ländliche Qualitäten besser miteinander zu verknüpfen.
- 821 • Ressourcen und Agrobusiness: Unter dieser Überschrift wird die Entwicklung einer Modell-  
822 region für geschlossene Stoffkreisläufe / Kreislaufwirtschaft, die Etablierung neuer Wert-  
823 schöpfungen im Bereich der Bioökonomie in Kooperation mit renommierten Forschungsin-  
824 stituten der Region (insbes. FZ Jülich) und Unternehmen der Region sowie die Entwicklung  
825 einer Modellregion zur Digitalisierung in der Medizin als Beitrag zur Sicherung der medizini-  
826 schen Versorgung im ländlichen Raum, innovative Produkte für die Gesundheitswirtschaft  
827 zusammengefasst.

828 Darüber hinaus ist zu prüfen wie Zulieferer aus Mittelstand und Handwerk in besonderem Maße bei der  
829 Entwicklung eigener Zukunftsperspektiven unterstützt werden können. Dazu gehört auch die Qualifizie-  
830 rungsmaßnahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an die neuen Herausforderungen anzupas-  
831 sen.

#### 832 5.1.1. Mitteldeutsches Revier

833 Das Mitteldeutsche Revier ist in weiten Teilen struktur- und innovationsschwach. Besonders in den  
834 sachsen-anhaltinischen Kreisen sowie um Borna und Delitzsch auf der sächsischen Seite stellt die Bewäl-  
835 tigung des bereits 1990 begonnenen Strukturwandels eine besondere Herausforderung dar. Die Braun-  
836 kohlewirtschaft hat im Mitteldeutschen Revier aber heute eine geringere Bedeutung für die regionale  
837 Wirtschaft als in der Lausitz; die energiebezogene Braunkohleförderung wird nach Planung der Unter-

---

<sup>25</sup> Siehe auch Zukunftsagentur Rheinisches Revier (2018): Eckpunkte eines Wirtschafts- und Strukturprogramms

838 nehmen in den 2040er Jahren enden Insgesamt sind aber noch immer deutlich über 2.000 Arbeitsplätze  
839 in der Region von der Braunkohlewirtschaft abhängig.

840 Gerade aufgrund der engen Verknüpfung mit der Grundstoffindustrie drohen erhebliche negative Effekte  
841 durch Strukturbrüche, wenn es nicht gelingt, die bestehenden Wertschöpfungsketten und Industriever-  
842 bünde zwischen Braunkohle und Industrie zu erhalten.

843 Die Braunkohlewirtschaft im Mitteldeutschen Revier leistete in 2016 eine Bruttowertschöpfung in Höhe  
844 von rund 430 Mio. Euro.<sup>26</sup> Das entspricht einem Anteil der gesamten Bruttowertschöpfung in der Region  
845 von 0,9 %. Die MIBRAG gab im Rahmen der Anhörung einen jährlichen Beitrag zur regionalen Wert-  
846 schöpfung von 300 bis 400 Millionen Euro an.

847 Trotz des dramatischen Strukturbruchs nach 1990 existieren heute eine große Anzahl von hochwertigen  
848 und organisierten Industriebeschäftigten im Bergbau, der Energiewirtschaft und der chemischen In-  
849 dustrie sowie damit mittelbar verbundene Arbeitsplätze in der Ernährungswirtschaft rund um Zeitz. Dies  
850 ist auch auf den damit verbundenen Modernisierungsschub zurückzuführen: In den 1990er Jahren wa-  
851 ren Kraftwerksneubauten in Lippendorf, Schkopau und Wähilitz, die Tagebauertüchtigungen in Profen  
852 und Schleenhain sowie die Modernisierungsaktivitäten der Romonta kennzeichnend für die Entwicklung  
853 in den Braunkohleunternehmen. Zwischen 1991 und 2015 wurden - mit politischer Unterstützung und  
854 besonderer Förderung - die Anlagen der Braunkohle- und Chemiestandorte durch Investitionen in Milli-  
855 ardenhöhe modernisiert. Als Ergebnis von Privatisierung, Restrukturierung und Modernisierung entwi-  
856 ckelten sich die chemische Industrie und Kunststoffverarbeitung zu einer innovativen Leitindustrie in  
857 Mitteldeutschland mit mehreren Tausend Beschäftigten. Die industriellen Cluster in Mitteldeutschland  
858 bündeln materielle und immaterielle Werte: Prozesse, Anlagen und Infrastruktur, Wissen, Kompetenz  
859 und Netzwerke.

860 In der Region gibt es zahlreiche Initiativen, die vorherrschende Struktur- und Innovationsschwäche zu  
861 überwinden. Zur Vorbereitung auf den energiewendebedingten Strukturwandel hat die Region bei-  
862 spielsweise folgende Projekte angeschoben:

- 863 • Mit dem vom BMBF geförderten Forschungsprojekt HYPOS wird mit der strombasierten  
864 Wasserstofftechnik die Schlüsseltechnologie entwickelt, um die Prozesse der Zirkulären  
865 Wirtschaft des Kohlenstoffs emissionsfrei zu stellen.
- 866 • Es laufen im Rahmen des BioEconomy-Clusters erfolgversprechende Entwicklungen zur ver-  
867 stärkten Nutzung der Biomasse als Rohstoff.
- 868 • Das Fraunhofer Reviernetzwerk wird im Mitteldeutschen Revier eine Versuchsanlage zur Zir-  
869 kulären Wirtschaft des Kohlenstoffs (Projekt Carbontrans) errichten. Die Herstellung von  
870 Synthesegas aus Kunststoffabfällen, Klärschlämmen und anderen Kohlenstoffen wird für die  
871 Chemieindustrie unverzichtbare Rohstoffe weitgehend emissionsfrei liefern.
- 872 • Ein Konsortium der Industrie ist angetreten, die strombasierte Wasserstofftechnik mit einer  
873 Großelektrolyse und einer Großkaverne zur industriellen Reife zu entwickeln so-wie - im  
874 Verbund mit dem Projekt Carbontrans - den Grundstein für eine CO<sub>2</sub>-neutrale und zirkuläre  
875 Kohlenstoffnutzung zu legen. Dabei geht es auch um effiziente Lösungen zur zeitlich flexib-  
876 len Nutzung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien (Sektorkopplung).

877 Ebenso wie in der Lausitz und im Rheinland wirken die vorhandenen Stromnetz-Infrastrukturen als  
878 Standortvorteil für den Bau neuer Energieerzeugungsanlagen sowie Energiespeichern.

---

<sup>26</sup> RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (2018)

879 Die Region kann zudem zumindest teilweise von den Wachstumskernen Leipzig und Halle und der fort-  
880 geschrittenen Spezialisierung im Dienstleistungssektor profitieren. Das touristische Potential der Region  
881 ist gut erschlossen; die Möglichkeit einer wohnortnahen Erholung steigert die Attraktivität der Region.

882 Mit der Metropolregion Mitteldeutschland hat das Revier auch bereits einen zentralen Akteur zur Koor-  
883 dinierung von Strukturwandelprozessen etabliert. Auf diese kann in Zukunft weiter aufgebaut werden.

884

885 5.1.2. Im gesamten Bundesgebiet

886

## 887 5.2. Grundsätze für eine Strukturentwicklungsstrategie

888 Der klimapolitisch motivierte vorzeitige Ausstieg aus der Kohleverstromung greift tief in die Wertschöp-  
889 fungsstrukturen der deutschen Wirtschaft ein. Dieser Wandel ist am stärksten regional erlebbar. Nur  
890 auf der Grundlage erfolgreicher regionaler Entwicklungskonzepte wird er ökonomisch und sozial ver-  
891 träglich sein.

892 Eine gelungene Strukturentwicklung braucht neben Chancen und Ideen auch eine kontinuierliche Ge-  
893 staltung durch Akteure in den Regionen. Der Kommission ist bewusst: Nicht alle Ideen und Projekte  
894 werden langfristig ein Erfolg werden und Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze in den Regionen si-  
895 chern, gleichzeitig ergeben sich im Zeitverlauf neue Themen, die neue Perspektiven eröffnen. Es geht  
896 also vor allem darum, die Regionen z. B. durch Investitionen in Infrastruktur und Bildung und regulato-  
897 rische Freiräume in die Lage zu versetzen, selbst die Strukturentwicklung zu gestalten.

898 Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Kommission die nachfolgenden Grundzüge einer Strukturent-  
899 wicklungsstrategie.

### 900 Ziele

901 Ziele der Kommission sind lebenswerte, attraktive Regionen mit hoher wirtschaftlicher Dynamik, hoch-  
902 wertigen Arbeitsplätzen und Innovationskraft, die den Menschen vor Ort klare Zukunftsperspektiven  
903 bieten.

904 Für die Kommission ist aber auch entscheidend, dass nicht nur die Regionen eine Perspektive bekom-  
905 men, sondern dass auch der Standort Deutschland insgesamt gestärkt wird, indem Klimaschutz, gute  
906 Arbeit und Wirtschaft in Einklang gebracht werden. Mit Blick auf die Stärkung der Wirtschaftskraft und  
907 Lebensqualität in Deutschland ist es wesentlich und daher auch Verfassungsauftrag, dass gleichwertige  
908 Lebensverhältnisse herrschen.

909 Gleichwertige Lebensverhältnisse erfordern neben einer starken Wirtschaft, auch leistungsfähige Infra-  
910 strukturen der Daseinsvorsorge in allen Regionen. Lokal sollen passende Lösungen ermöglicht werden,  
911 um Synergieeffekte zu nutzen und die Menschen umfassend bei der Transformation der Region einzu-  
912 binden.

### 913 Zusätzlichkeit

914 Der im Falle einer politischen Entscheidung für einen Kohleausstieg beschleunigten Strukturwandel in den  
915 Revieren stellt eine besondere Herausforderung dar. Diese muss zusätzlich und ergänzend zu der gene-  
916 relen Strukturförderung angegangen werden. Damit ist auch zwischen Aufgaben der Strukturentwicklung  
917 zu unterscheiden, die mit bestehenden Förderprogrammen bearbeitet werden und den neuen Anforde-  
918 rungen, die sich aus dem Verlust von Kohlearbeitsplätzen ergeben. Die Unterscheidung und Abgrenzung  
919 zu bestehenden Förderprogrammen ist zum einen notwendig mit Blick auf die bundesweit angestrebte  
920 Förderung der ländlichen Räume und das grundgesetzliche Oberziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in  
921 der Bundesrepublik Deutschland.

922 Die Revierförderung muss sich nicht nur von den vorgenannten Zielen leiten lassen, sondern auch von  
923 dem nach wie vor nahezu flächendeckend notwendigen Aufholprozess in Ostdeutschland positiv abhe-  
924 ben und die besondere Situation strukturschwacher Landkreise im Rheinischen Revier berücksichtigen.  
925 Durch diese deutliche Abgrenzung werden Überschneidungen und Friktionen bezüglich der Förderung  
926 anderer strukturschwacher Regionen in Deutschland vermieden.

927 Die Fortsetzung der Bergbausanierung der DDR-Tagebaue im mitteldeutschen und Lausitzer Revier nach  
928 2022 muss zudem ebenfalls zusätzlich zur Revierförderung sichergestellt werden.

### 929 **Zeitliche Perspektive**

930 Erfolgreiche Strukturentwicklung setzt verlässliche Rahmenbedingungen und eine langfristige Begleitung  
931 voraus. Bund, Länder, Kommunen und Unternehmen müssen es als ihre gemeinsame Aufgabe verste-  
932 hen, die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen langfristig zu unterstützen. Insbesondere der Bund  
933 muss deshalb für einen substantiellen Zeitraum, der über das Abschlussdatum der Kohleverstromung  
934 hinausgeht, bereit sein, die Transformation der Reviere als verlässlicher Partner zu begleiten. Zusätzlich  
935 müssen die Rahmenbedingungen und Wachstumsimpulse durch kurzfristige Initialmaßnahmen unter-  
936 stützt werden. Entsprechend sollten die begleitenden Förderprogramme auf mehrere Dekaden angelegt  
937 sein.

### 938 **Wirksame Steuerungs- und Koordinierungsmechanismen und Institutionalisierung**

939 Durch eine Institutionalisierung der als Prozesses zu betrachtenden Strukturentwicklung einerseits und  
940 eine starke Einbindung von Ländern, Kommunen und lokalen Akteuren andererseits können lokales  
941 Fachwissen genutzt und vorhandene Potentiale gehoben werden. Dies betont die Verantwortung der  
942 Regionen für ihre zukunftsfähige Entwicklung. Auch in diese Strukturen muss der Bund eingebunden  
943 sein.

944 Damit die Strategie erfolgreich ist, ist es wichtig, dass die bestehenden Instrumente zur Unter-  
945 stützung des Strukturwandels durch wirksame Steuerungs- und Koordinierungsmechanismen aufei-  
946 nander und mit den neuen Finanzierungsinstrumenten abgestimmt werden. Nur so kann sicherge-  
947 stellt werden, dass die verschiedenen Maßnahmen und Initiativen durch die unterschiedlichen Ak-  
948 teure und Fördertöpfe gut ineinandergreifen.

949 In die Begleitung des Strukturwandels sind zahlreiche Akteure und Institutionen eingebunden. Vor  
950 allem in den ostdeutschen Revieren besteht ein besonderer Koordinierungsbedarf, da sich die Revie-  
951 re jeweils über zwei Bundesländer erstrecken.

952 Der Prozess der Strukturentwicklung sollte daher durch eine starke Organisationsstruktur mit klarer  
953 Verantwortlichkeitsteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen institutionalisiert werden. Zu  
954 den zu koordinierenden Aufgaben zählen auch die Vernetzung der Akteure und das Monitoring des  
955 Strukturwandels. Um diese Aufgaben wirksam zu erfüllen, braucht es eine sichtbare Verankerung vor  
956 Ort.

### 957 **Private und kommunale Investitionen als Schlüssel**

958 Hierfür müssen EU, Bund, Länder und Kommunen geeignete Rahmenbedingungen für private Investitio-  
959 nen schaffen. Darüber hinaus übernimmt der Staat politische wie finanzielle Mitverantwortung zur Ver-  
960 wirklichung industrieller Ankeransiedlungen.

961 Ziel der Kommission ist es, dass die wegfallenden tarifgebundenen Arbeitsplätze und die Ausbildungs-  
962 plätze für Fachkräfte der Braunkohleindustrie und ihrer Zulieferunternehmen durch neue Investitionen  
963 der Unternehmen kompensiert werden. Hierfür sieht sie das verlässliche Engagement privater Investo-

964 ren als notwendig an. Ihr ist bewusst, dass es dazu wirksamer Anreize bedarf (z.B. Investitions- und  
965 Markteinführungsanreize) und öffentliche Hand und Privatwirtschaft eine starke Partnerschaft eingehen  
966 müssen. Grundsätzlich sollten die Wachstumsprozesse dabei strukturell, technologieoffen, nachhaltig  
967 und zukunftsfähig angegangen werden.

968 Die Bundesregierung sollte die Strukturentwicklungsstrategie in eine Gesamtstrategie für eine wachsen-  
969 de Investitionsdynamik einbetten. Denn so wichtig Strukturpolitik für die Regionen ist, kann sie sich  
970 doch nur in einem wachstumsfreundlichen Umfeld vollumfänglich entfalten. Die Rahmenbedingungen  
971 für Investitionen in solche Industriearbeitsplätze sind daher wirtschaftsfreundlich und investitionsanrei-  
972 zend auszugestalten. Dies ist neben der Bereitstellung finanzieller Mittel für die Regionen eine zweite  
973 notwendige Voraussetzung für erfolgreiche Strukturentwicklung. Ansiedlungen können nur gelingen,  
974 wenn investitionspolitische Rahmenbedingungen international wettbewerbsfähig sind.

#### 975 **Sichere Rahmenbedingungen und regulatorische Erfordernisse**

976 Der Strukturwandelprozess ist weitestgehend unabhängig von kurzfristigen Entscheidungsprozessen  
977 abzusichern. Die Empfehlungen der Kommission zielen darauf ab, sowohl auf nationaler als auch auf  
978 europäischer Ebene rechtlich sichere Rahmenbedingungen für zukünftige Investitionen und alle Beteilig-  
979 ten zu schaffen.

980 Strukturpolitische Maßnahmen brauchen eine vernünftige Steuerung. Um Verlässlichkeit, Rechtssicher-  
981 heit und Planbarkeit zu gewährleisten, sollte deshalb die Strategie durch Strukturwandelgesetz(e),  
982 Staatsverträge oder vergleichbare Instrumente umgesetzt werden. Mittel- und langfristig begleitende  
983 Strukturfördermaßnahmen sind zudem in einem umfassenden Begleitgesetz zu verankern.

984 Es müssen Prozesse beschleunigt und bestehende Instrumente auf ihre Wirksamkeit überprüft wer-  
985 den. Das Ziel muss sein, wo immer möglich diese bestehenden Instrumente noch effektiver für die  
986 Reviere zu nutzen, beispielsweise in der Strukturpolitik oder der Infrastrukturbereitstellung sowie bei  
987 den Planungs- und Genehmigungsverfahren.

#### 988 **Finanzierung**

989 Zusätzlich zu den bestehenden Instrumenten bedarf es eines neuen Finanzierungsinstruments, mit dem  
990 strategische Investitionen in den Regionen gebündelt und langfristig ausfinanziert werden können.

991 Im Bundeshaushalt sind für diese Legislaturperiode zusätzlich 1,5 Mrd. € als prioritäre Ausgaben für  
992 Strukturpolitik vorgesehen, dies betrachten wir als einen ersten Schritt. Diese sollen den Revieren unmit-  
993 telbar zur Verfügung stehen und im Sinne eines Sofortprogramms genutzt werden. Vorbild für die Finan-  
994 zierung könnte der Steinkohlevertrag sein. Daneben wird sich die Kommission dazu verständigen, welche  
995 zusätzlichen Mittel und für welchen Zeitraum erforderlich sind, um den -Strukturwandelprozess auch  
996 über diese Legislaturperiode hinaus langfristig zu begleiten.

997 Dabei wird ein Schlüssel zu erstellen sein, welchen Anteil der Gelder die einzelnen Braunkohleregionen  
998 jeweils erhalten. Nicht verbrauchte Mittel sollten grundsätzlich auf die Folgejahre übertragbar sein.

999 Projekte, die mit Mitteln des Bundes gefördert werden, müssen im Einklang mit den international ver-  
1000 einbarten *sustainable development goals* (SDGs) stehen, um langfristig tragfähige Entwicklungen zu  
1001 unterstützen. Besonders wichtig ist dabei die Förderung einer CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaft.

1002 Ein noch festzulegender Anteil der Mittel sollte nicht auf den „wirtschaftlichen“ Strukturwandel be-  
1003 schränkt sein, um zivilgesellschaftliche Aktivitäten, Lebensqualität und weiche Standortfaktoren weiter-  
1004 zuentwickeln.

1005

1006 **Passgenauigkeit/ Revierbezug**

1007 Die Strukturentwicklungsstrategie muss auf das jeweilige Revier zugeschnitten sein. Die Reviere haben  
1008 unterschiedliche Bedürfnisse, was die Instrumente angeht.

1009 **Monitoring**

1010 Die Kommission sieht es als notwendig an, den Erfolg des Strukturwandels durch eine Beschäftigungsbi-  
1011 lanz zu messen. Ein regelmäßiges Monitoring gibt einen genauen Überblick über Zahl der industriellen  
1012 Arbeitsplätze, die durch den Strukturwandel verloren gehen und die Zahl adäquater Arbeitsplätze, die  
1013 neu geschaffen werden. Strategisches Ziel ist eine positive Beschäftigungsbilanz.

1014 **5.3. Maßnahmen zur Begleitung des Strukturwandels**

1015 **Industriepolitik**

1016 Ein nachhaltiger Strukturwandel in den Regionen kann gelingen, wenn die vorhandene industrielle und  
1017 energiewirtschaftliche Grundlage der Reviere als Entwicklungspotential für die Zukunft genutzt wird.  
1018 und die Innovations- und Investitionszyklen der vorhandenen industriellen Akteure berücksichtigt werden.  
1019 Es gilt, an die regionalen Industriecluster und betrieblichen Kompetenzen, die Fähigkeiten der gut aus-  
1020 gebildeten Fachkräfte und die vorhandenen Stärken im Bereich Forschung und Entwicklung anzuknüp-  
1021 fen, um technologische Innovationspfade zu öffnen und die Transformation zu nachhaltigen Innovati-  
1022 onsregionen zu ermöglichen.

1023 Die Kommission sieht es als besondere Herausforderung an, dass trotz des Rückzugs der Braunkohle-  
1024 wirtschaft regionale und bundesweite Wertschöpfungsketten erhalten bleiben bzw. weiterentwickelt  
1025 und neue angesiedelt werden.

1026 **Raumentwicklung, Infrastrukturausbau und –ausbaubeschleunigung**

1027 Über Jahrzehnte verhinderten die großen Tagebaue mit ihrer Barrierewirkung eine zusammenhängende  
1028 Entwicklung des Raumes und die Herausbildung von vernetzten Infrastrukturen. Der räumliche Wandel  
1029 in den Revieren soll von Bund und Ländern unterstützt werden und ist so zu gestalten, dass neue  
1030 Standortqualitäten für Wohnen und Arbeiten entstehen. Der Strukturwandel bietet die Chance zur Ent-  
1031 wicklung von klimawandelresilienten (Bergbau-) Folgelandschaften mit hoher regionaler Wertschöp-  
1032 fung.

1033 Eine besondere Verpflichtung für Länder und Kommunen sieht die Kommission darin, rechtzeitig aus-  
1034 reichende Flächen für Neuansiedlungen in den Regionen zur Verfügung zu stellen und diese Flächen,  
1035 unter Nutzung von Elementen zur Beschleunigung von Planung und Genehmigung, mit allen notwen-  
1036 digen und modernen Infrastrukturen zu erschließen.

1037 Die Kommission sieht es als eine wesentliche Voraussetzung für den Strukturwandel an, dass strukturel-  
1038 le Schwächen in den betroffenen Regionen insbesondere in der Infrastruktur überwunden werden. Inf-  
1039 rastrukturpolitik ist eine wesentliche Säule der Strukturpolitik. Eine moderne und leistungsfähige Ver-  
1040 kehrs- und digitale Infrastruktur zur Erschließung und Anbindung vorhandener sowie dringend benötig-  
1041 ter neuer Flächen ist mittlerweile – auch angesichts der Flächenengpässe in den Ballungsräumen – ein  
1042 ganz wesentlicher Standortfaktor für Investitionsentscheidungen. Für eine zukunftsfeste Perspektive der  
1043 Reviere ist neben der Anbindung von Industrie- und Technologieparks, Gewerbegebieten und wissen-  
1044 schaftlichen Einrichtungen flächendeckend ein hochmodernes digitales Infrastrukturnetz auf Glasfaser-  
1045 basis und die Ertüchtigung der Mobilfunknetze unabdingbar. Ziel kann nur eine Versorgung mit gigabit-  
1046 fähiger Infrastruktur sein. Wo dies durch einen marktgetriebenen Ausbau nicht erreicht wird, erscheint  
1047 eine Unterstützung durch staatliche Eingriffe notwendig. Voraussetzung dafür ist in Gebieten die mit  
1048 mindestens 30 Mbit/s, jedoch keiner gigabitfähigen Infrastruktur versorgt sind, eine Anpassung der  
1049 NGA-Definition durch die EU-Kommission (sogenannte Aufgreifschwelle).

1050 Der nächste Mobilfunkstandard 5G wird gegenüber dem jetzigen Mobilfunk völlig neue Anwendungen  
1051 ermöglichen. Dafür sind Technologien, Geräte und Anwendungen zu erforschen und zu entwickeln. Die-  
1052 se Chancen gilt es in die Reviere zu tragen. Voraussetzungen dafür sind jedoch eine entsprechende  
1053 Netzabdeckung zur Erprobung und Anreize für diesbezügliche Ansiedlungen. Insbesondere die bislang  
1054 schlechter digital erschlossenen Reviere im Rheinischen Revier und der Lausitz können als zusätzliche  
1055 5G-Modellregionen erschlossen werden und so die Startbedingungen erhalten, auch außerhalb größerer  
1056 Ballungsräume digitalen Fortschritt zu etablieren. Die Lausitz bietet hierbei zukunftssträchtige Ansatz-  
1057 punkte als Modellregion für 5G. Die Forschung, Entwicklung und Erprobung von neuen Mobilitätsan-  
1058 wendungen auf dem Lausitzring bspw. durch die Dekra (autonomes Fahren) würde wesentlich unter-  
1059 stützt. Im Rheinischen Revier könnte ein 5G-Reallabor eingerichtet werden (Testzentrum 5G-  
1060 Anwendungen). Die Anwendungen sind mit Feldtests in einer Modellkommune zu verbinden.

1061 Um Infrastrukturprojekte in den vier Braunkohlerevieren schneller umsetzen zu können, sollen zusätz-  
1062 liche Infrastrukturprojekte geplant und höher priorisiert werden. Denkbar wäre hierfür die Einführung  
1063 eines „Revierbonus“ unter dem Motto „Vorfahrt für die Strukturentwicklungsgebiete“. Zudem beste-  
1064 hen Engpässe bei der Planung von Infrastrukturvorhaben durch die öffentliche Hand. Es sollte daher  
1065 die Realisierung von Infrastrukturvorhaben in den Revieren genutzt werden, um – auch als Modell für  
1066 andere Regionen – die Beschleunigung durch die Finanzierung extern vergebener Planungen zu errei-  
1067 chen. Hier sollen auch Infrastrukturprojekte zur Finanzierung aufgenommen werden, die sonst typi-  
1068 scherweise in Verantwortung der Länder und Kommunen finanziert werden. Auch die Umpriorisierung  
1069 bereits geplanter Maßnahmen wäre ein sinnvolles Instrument. Die rechtliche Umsetzung sollte dabei  
1070 das Ziel verfolgen, bei den konkreten Planungsprozessen für den Ausbau der wichtigsten Bahnverbin-  
1071 dungen ohne Zeitverzug im Laufe des Jahres 2019 zu beginnen.

1072 Weitere mögliche Maßnahmen sind der Ausbau und die Ergänzung sowie die Verbesserung der beste-  
1073 henden Anbindung der Reviere an entwicklungsfördernde Zentren, z. B durch Verkürzung der Taktzeiten  
1074 im SPNV und die Ertüchtigung der bestehenden Verbindungen in die Metropolen. Die Kommission weist  
1075 auch darauf hin, dass neben dem Ausbau von Verkehrsinfrastrukturen mit Mitteln des Bundes auch eine  
1076 Verantwortung der Länder entsteht, die entsprechenden Verkehrsleistungen zu bestellen.

1077 Aus Sicht der Bundesländer sind die nachfolgenden Infrastrukturprojekte unabdingbar, um wirksame  
1078 Strukturentwicklungsimpulse zu entfalten:

1079 Insbesondere für die ostdeutschen Reviere bietet eine gute infrastrukturelle Anbindung an die urbanen  
1080 Räume Berlin, Dresden und Leipzig, die das Pendlerpotential – also den Zugang zu Fachkräften – berück-  
1081 sichtigt erhebliche Chancen.

1082 In der Lausitz stellt die bestehende Verkehrsinfrastruktur eine besondere Herausforderung dar. Neben  
1083 der für den grundlegenden Strukturwandellangfristig notwendigen Impulse ist es notwendig, dass die  
1084 Menschen in der Lausitz durch die Elektrifizierung der Strecke Dresden-Görlitz, und den Aus-  
1085 bau/Elektrifizierung der Strecke Berlin-Cottbus-Görlitz als Schnellzug-Verbindung, den zweigleisigen  
1086 Ausbau der Strecke Cottbus-Lübbenau, den Ausbau Cottbus-Leipzig sowie Cottbus-Dresden und der  
1087 Elektrifizierung der Strecke Cottbus-Forst eine kurz- bis mittelfristig spürbare Verbesserung der Anbin-  
1088 dung erfahren. Dazu gehören u.a. der Umbau des Bahnhofs Königs Wusterhausen, die sofortige Elektrifi-  
1089 zierung des Streckenabschnitts Görlitz-Niesky sowie Görlitz-Grenze D/P um direkte Verbindungen von  
1090 Wroclaw über Görlitz nach Berlin und zurück zu ermöglichen und Görlitz in die Mitte eine internationa-  
1091 len Eisenbahnachse zu rücken, eine direkte Tagesrandverbindung von Görlitz nach Berlin und zurück  
1092 sowie eine höhere Taktung auf der Strecke Dresden-Görlitz und auf den regionalen Verbindungen in der  
1093 Lausitz. Um die Taktzeiten in den Revieren generell verkürzen können, bedarf es einer Aufstockung der  
1094 Regionalisierungsmittel des Bundes, damit vorhandene Infrastruktur intensiver genutzt werden kann.

1095 Eine kurzfristig umsetzbare Maßnahme wäre die Organisation der „letzten Meile“, beispielsweise durch  
1096 Modellprojekte zum vorreservierten Verleih von Elektrorollern und Pedelecs (E-Bikes).

1097 Für die Attraktivität des Mitteldeutschen Reviers ist eine gute Anbindung an Leipzig mit kurzen Taktzei-  
1098 ten wichtig. Dabei sind engere Taktungen (wie bspw. für die Strecke Chemnitz-Borna-Leipzig), der Aus-  
1099 bau des S-Bahnnetzes (bspw. Etablierung einer neuen S-Bahn-Linie von Leipzig über Markranstädt nach  
1100 Naumburg und alternierend nach Merseburg) sowie der Ausbau des PlusBus- und Rufbussystems insbe-  
1101 sondere in den Abendstunden und zu Schichtwechselzeiten ansässiger Unternehmen voranzubringen.  
1102 Auch der City-Tunnel Leipzig sollte einen Beitrag zur Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs  
1103 leisten. Grundvoraussetzung hierfür wäre Aufrüstung der Eisenbahnsicherungstechnik im Tunnel. Zu-  
1104 dem würde die Elektrifizierung der Bahnverbindung Leipzig-Gera die Anbindung von Klein- und Mittel-  
1105 zentren in Mitteldeutschland an die Oberzentren Erfurt und Leipzig verbessern.

1106 Die strukturschwachen Reviere in Mitteldeutschland und der Lausitz sollten enger verzahnt und in über-  
1107 regionale Logistikketten eingebaut werden. Der Bau einer neuen Ost-West-Straßenverbindung als Ma-  
1108 gistrale zwischen dem Mitteldeutschem und dem Lausitzer Revier würde die infrastrukturellen Voraus-  
1109 setzungen für Unternehmensansiedelungen in diesen Regionen deutlich verbessern. Außerdem ist der  
1110 Ausbau der Autobahn 13 zwischen Schönefeld und Autobahndreieck Spreewald erforderlich.

1111 Für das Rheinische Revier implizieren die großen Herausforderungen einer vorgezogenen räumlichen  
1112 Entwicklung auch die Möglichkeit einer zukunftsfähigen Neuordnung des Raumes. Dabei benötigen die  
1113 Tagebaurandkommunen besondere Unterstützung. Es soll eine Internationale Bau- und Technologieaus-  
1114 stellung Rheinisches Zukunftsrevier ausgerufen werden, die die Neuordnung des Raums, die Weiterent-  
1115 wicklung ihrer Siedlungen als ORTE DER ZUKUNFT in einem MOBILITÄTSREVIER DER ZUKUNFT mit dem  
1116 Anspruch verknüpft, hier Weg weisende Schritte in eine innovative und klimafreundliche Zukunft mit  
1117 hoher Lebensqualität zu gehen. Eine gute infrastrukturelle Anbindung des Rheinischen Reviers zu den  
1118 umliegenden Oberzentren und zur Entlastung dieser Oberzentren ist eine wesentliche Voraussetzung für  
1119 das Gelingen dieses Konzepts. Die Ausstellung sollen gemeinsam mit den Menschen der Region, mit den  
1120 Kommunen und der Wirtschaft in einem beteiligungsorientierten, Qualität vollen Prozess umgesetzt  
1121 werden. Der neue Campus Rhein-Erft mit dem Profil Raumentwicklung und Infrastruktursysteme, Infra-  
1122 strukturmanagement, Geoinformatik unterstützt diese Entwicklung.

1123 Zum Thema Strukturwandel gehört auch der Erhalt der vorhandenen Infrastrukturen. Schon heute stellt  
1124 der demografische Wandel in den Braunkohleregionen die kommunalen Energie- und Wasserversorger  
1125 aufgrund der Auswirkung auf die Aufrechterhaltung ihrer Infrastruktur vor enorme Herausforderungen.  
1126 Die Attraktivität der Regionen für die Anwohner muss daher auch durch eine bezahlbare, effiziente und  
1127 zukunftsfähige Wärmeversorgung gewährleistet werden.

1128 Zu der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren gehört auch, dass die Verwaltungen  
1129 auch personell in die Lage versetzt werden, Anträge rasch und sorgfältig zu bearbeiten. Denkbar ist  
1130 ebenfalls die Verkürzung auf eine Klageinstanz bei Planfeststellungsverfahren – analog zum Verkehrs-  
1131 wegeplanungsbeschleunigungsgesetz im Zuge der VDE-Projekte.

1132 Die in den Revieren auf den Energiesektor ausgerichtete Netzinfrastruktur und das über viele Jahrzehnte  
1133 aufgebaute Know-How in diesem Sektor sollte auch zukünftig bei der Umwandlung hin zu einer Ener-  
1134 giewirtschaft, die auf regenerativen Ansätzen beruht, eingebracht werden können. Mit entsprechenden  
1135 Reallaboren könnten neue Wertschöpfungsketten aufgezeigt und zu einer Diversifizierung der Industrie-  
1136 landschaft beigetragen werden (Wasserstoffproduktion, Brennstoffzelle, Batteriespeicher, Power-To-X,  
1137 stoffliche Nutzung von Kohle). Dies kann auch für die Weiterentwicklung der bestehenden Standorte der  
1138 chemischen Industrie genutzt werden (Abscheidung von CO<sub>2</sub>, Synthesegase auf Basis erneuerbarer  
1139 Energien).

1140 Aus Sicht der Bundesländer sollten die vorhandene Potentiale der Energie- und Industrieregionen ge-  
1141 nutzt werden, um die Transformation des Energiesystems und die industrielle Transformation mit der  
1142 Sicherung und Weiterentwicklung von Kompetenzen im Bereich von Forschung, Entwicklung und Inno-  
1143 vation (FuEul) zu verbinden. In der Lausitz kann dies beispielsweise durch einen Verbund aus Projekten  
1144 adressiert werden. Die Verbindung von Wasserstoff, Netzinfrastruktur und anwendungsorientierter  
1145 Forschung ist hierfür ein gutes Beispiel. Konkret geht es um Projektideen in Brandenburg zur Errichtung  
1146 einer Demonstrationsanlage für hydrothermale Vergasung, die Machbarkeitsprüfung eines innovativen  
1147 Rotationsspeichers inkl. möglicher Pilotanlage, der Errichtung einer Pilotanlage für ein „Referenzkraft-  
1148 werk-Wasserstoff“, dass potentiell wichtige Systemleistungen erbringen kann. Diese Projekte sollten  
1149 durch die Ansiedlung eines Fraunhofer Institutes an der BTU Cottbus-Senftenberg, das sich mit Fragen  
1150 der Energieinfrastruktur und Sektorkopplung beschäftigt, begleitet werden. Grundlegende Fragen und  
1151 Herausforderungen der Transformation des Energiesystems können so konkret angegangen werden. Um  
1152 die Lausitz als Energie-, Industrie- und Innovationsregion zu stärken und weiterzuentwickeln sollten sol-  
1153 che Maßnahmen, die den industriellen Entwicklungspfad der Reviere aufgreifen und transformieren,  
1154 seitens des Bundes unterstützt werden.

1155 Das Rheinische Revier weist mit seinen Kraftwerksstandorten, den von einer zuverlässigen Energiever-  
1156 sorgung abhängigen energieintensiven Unternehmen und seinen Innovationskompetenzen eine hohe  
1157 Lagekompetenz für die Investition in das durch die Energiewende neu zu konzipierende Produkt „Ver-  
1158 sorgungssicherheit“ auf. Durch die Nähe zwischen Energieangebot und energieintensiver Industrie kann  
1159 das Rheinische Revier als Energierevier der Zukunft einen zentralen Beitrag zur Netzstabilität und Ver-  
1160 sorgungssicherheit für Europa leisten. Schlüsselprojekte sind das Wärmespeicher-Kraftwerk Store-To-  
1161 Power, die Ansiedlung eines neuen DLR-Instituts für Hochtemperaturwärmepumpen, der Aufbau eines  
1162 intelligenten regionalen Energiemanagements ebenso wie eines neuen Fraunhofer Instituts für Digitale  
1163 Energie.

#### 1164 **Forschungseinrichtungen und Innovationsregionen**

1165 Der Wissenschaftssektor spielt eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen. Er  
1166 ist Grundlage für Innovationen und Aufbau von Fachkräftepotentialen. Die Innovationskraft wiederum  
1167 ist ein wichtiger Gradmesser für die Fähigkeit, neue Wertschöpfungsketten zu schaffen.

1168 Die Kommission befürwortet eine Verstärkung der Forschungsstandorte in den Revieren sowie den Aus-  
1169 bau der Kooperation zwischen angrenzenden Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen sowie die  
1170 enge Kooperation mit der Wissenschaft und Wirtschaft mit dem Ziel eines systematischen Wissens- und  
1171 Technologietransfers und der Entwicklung neuer, verwendungsoffener Technologien, die sowohl aktuel-  
1172 le Trends aufgreifen, als auch mit Anschlussfähigkeit an die bestehenden industriellen und energiewirt-  
1173 schaftlichen Kernkompetenzen. Weitere positive Impulse wären zudem aus der Kombination aus An-  
1174 siedlung von Forschungseinrichtungen, der Etablierung von Reallaboren, der sozialwissenschaftlichen  
1175 Begleitforschung und weiteren, zusätzlichen Fördermöglichkeiten zu erwarten, um so echte „Innovati-  
1176 onsregionen“ zu schaffen. Die Kommission weist darauf hin, dass vor allem in den Braunkohle-Regionen  
1177 die wissenschaftliche (Vor-Ort-) Begleitung und das (Vor-Ort-) Monitoring des Strukturwandels als wich-  
1178 tiges Thema der Wissenschaftslandschaft etabliert werden sollte. Die Möglichkeit, hieraus Clusterstrate-  
1179 gien zu entwickeln, sollte unterstützt werden. Im Rahmen einer Forschungs- und Transferoffensive soll-  
1180 ten "Industrie-Innovationszentren" zur Förderung von groß angelegten Kooperationsnetzwerken aus  
1181 Industrieunternehmen, digitalen Start-Ups, Hochschulen und Forschungseinrichtungen eingerichtet  
1182 werden.

1183 Aufgrund der sehr geringen FuE-Quote in den ostdeutschen Revieren und zum Aufbau von Innovations-  
1184 potenzialen sollte daher die pilothafte Einführung einer steuerlichen FuE-Förderung erfolgen, die bei  
1185 den Personal- und Auftragskosten für Forschung und Entwicklung ansetzt. Dafür ist auch die Förderung  
1186 sozialer Innovationen zu berücksichtigen.

1187 Es wäre zu prüfen, ob den Revieren durch eine Erhöhung der Förderintensitäten etwa in den Bereichen  
1188 der industriellen Forschung und der experimentellen Entwicklung besondere Förderbedingungen einge-  
1189 räumt werden sollen.

1190 Die Innovationskraft der Lausitz und des Mitteldeutschen Revier fällt gegenüber den westdeutschen  
1191 Revieren deutlich ab. Vor allem in der privaten Wirtschaft ist das Potential, Innovationsprozesse zu  
1192 initiieren und an Förderprogrammen zu partizipieren, begrenzt. In diesen Regionen sollte daher zusätz-  
1193 lich zur Förderung durch FuE-Programme auch eine gezielte Stärkung der vorhandenen öffentlichen  
1194 Forschungsinfrastruktur und die Ansiedlung neuer Forschungseinrichtungen in Betracht gezogen wer-  
1195 den. Mit der Ansiedlung bzw. dem Ausbau von öffentlichen Forschungseinrichtungen erhöht sich auch  
1196 das Potential, an Förderprogrammen im FuE-Bereich zu partizipieren. Der Ausbau der Forschungsinfra-  
1197 struktur an lokalen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen kann neben der Er-  
1198 höhung des Innovationspotentials in den ostdeutschen Revieren auch dazu dienen, Mittelzentren wie  
1199 z.B. Görlitz/Zittau oder Merseburg zu stärken, die in dünnbesiedelten Regionen eine wichtige Anker-  
1200 funktion für die wirtschaftliche und demografische Entwicklung übernehmen können.

1201 Ein Ausbau der öffentlichen Forschungsinfrastruktur in den ostdeutschen Revieren sollte sich im Hin-  
1202 blick auf die fachliche Ausrichtung an vorhandenen bzw. sich entwickelnden (technologischen) Schwer-  
1203 punkten der regionalen Wirtschaft orientieren. Dies eröffnet Potentiale für Kooperationen zwischen  
1204 Wissenschaft und regionaler Wirtschaft und einen Transfer neuen technologischen Wissens, durch den  
1205 die Wettbewerbsfähigkeit der in den Revieren ansässigen Unternehmen gestärkt werden kann.

1206 Ein Ausbau der Forschungskapazitäten sollte mit einer entsprechenden Erweiterung der Angebote im  
1207 tertiären Bildungsbereich verbunden werden. Diese Bildungsangebote können dazu beitragen, die At-  
1208 traktivität der Regionen für junge Menschen, die einen tertiären Bildungsabschluss anstreben, zu erhö-  
1209 hen. Sie leisten zudem einen Beitrag zur Sicherung des regionalen Fachkräftepotentials, wenn Absol-  
1210 venten nach Abschluss des Studiums eine Beschäftigung im regionalen Arbeitsmarkt aufnehmen. Die  
1211 Bleibewahrscheinlichkeit von Hochschulabsolventen steigt, wenn sie schon während des Studiums Ar-  
1212 beitserfahrung in der Studienregion sammeln und Kontakte zu potentiellen Arbeitsgebern aufbauen  
1213 können.<sup>27</sup> Dies könnte durch entsprechende Maßnahmen in den Revieren, wie z.B. studienbegleitende  
1214 Praktika, unterstützt werden.

1215 Aus Sicht der Bundesländer sollten im Rahmen einer Forschungs- und Transferoffensive "Industrie-  
1216 Innovationszentren" zur Förderung von groß angelegten Kooperationsnetzwerken aus Industrieunter-  
1217 nehmen, digitalen Start Ups, Hochschulen und Forschungseinrichtungen eingerichtet werden.

1218 Bestehende Ansätze, wie das in Görlitz geplante CASUS als Internationales Zentrum (als Teil des Helm-  
1219 holtz-Zentrums Dresden-Rossendorf) für Wissenschaftler verschiedener Disziplinen, die gemeinsam  
1220 digitale Methoden für die Systemforschung entwickeln, sollten weiter vorangetrieben werden. Erwartet  
1221 werden eine internationale Sichtbarkeit in relevanten Zukunftsthemen, die Steigerung der Attraktivität  
1222 der Region für akademische Fachkräfte und der Transfer digitaler Systemforschungsmethoden in die  
1223 Industrie.

1224 Die Integration von erneuerbaren Energien in die Sektoren Strom, Wärme, Industrie und Verkehr ist  
1225 eine der wichtigsten Aufgaben zur weiteren Umsetzung der Energiewende. Die bestehende Gasinfra-  
1226 struktur und die Power-to-X-Technologie (PtX) können den entscheidenden Schlüssel für das Gelingen

---

<sup>27</sup> Dies zeigen Analysen des Wanderungsverhalten von Hochschulabsolventen in Deutschland, siehe Homolkova, K.; Niebuhr, A.; van Rienen, V. (2016): Arbeitsmarkteintritt der Studierenden der Fachhochschule Kiel. Analyse des Erwerbseintritts, der Mobilität und der frühen Erwerbsphase der Studierenden der Fachhochschule Kiel im Zeitraum 2005 - 2014. IAB-Regional Nord 07/2016, Nürnberg.

1227 der Sektorenkopplung und damit das Erreichen der Klimaziele liefern. Insbesondere durch die Um-  
1228 wandlung von erneuerbarem Strom in Wasserstoff bzw. Methan, chemische Ersatzstoffe oder erneuer-  
1229 bare Kraftstoffe, kann Strom über die bestehende Gasinfrastruktur und Tankinfrastruktur langfristig  
1230 gespeichert, transportiert und sektorenübergreifend nutzbar gemacht werden. Investitionen in PtX-  
1231 Anlagen müssen perspektivisch als Bestandteil des Regulierungsrahmens aufgenommen werden, um  
1232 investitionssichere Rechtsgrundlagen zu schaffen.

1233 Ein Forschungskonsortium von Professoren der TU Dresden wird beginnend ab 2019 gemeinsam mit  
1234 einem Reallabor im Lausitzer Revier verschiedene Speichertechnologien und Power-to-X-Verfahren  
1235 anwendungsnah erforschen und neue Erkenntnisse unmittelbar in die Lehre einfließen lassen. Aufgrund  
1236 der thematischen Ausrichtung besteht hier eine hohe Schnittmenge mit dem Projekt HZwo INFRA in  
1237 Görlitz. In dieser Kombination aus Forschung und praktischer Anwendung wird bei diesem Thema ho-  
1238 hes Potenzial gesehen, das als spürbarer Beitrag zur Strukturentwicklung in der Lausitz weiter unter-  
1239 stützt werden sollte. An der BTU Cottbus-Senftenberg sollte zur Nutzung der Potentiale der (industri-  
1240 ellen) Energieerzeugung durch Wasserstoff i. V. m. mit der Energieinfrastruktur und der Nutzung von EEs  
1241 die Ansiedlung eines entsprechenden Fraunhofer Institutes erfolgen. In Nutzung der Expertise der BTU  
1242 Cottbus sollte ein DLR-Institut „Energieeffiziente Antriebe in der Luftfahrt“ geschaffen werden.

1243 Das Rheinische ENERGIEREVIER DER ZUKUNFT setzt Impulse für Forschung und Entwicklung, die die  
1244 Geschäftsmodelle der Energiewirtschaft in das Energiesystem der Zukunft führen. Dazu gehören Orte  
1245 der Zukunft wie die Einrichtung einer Tiefengeothermie an einem ehemaligen Kraftwerksstandort, ein  
1246 CO<sub>2</sub>-freies Energieversorgungssystem am Campus Melaten oder die Weiterentwicklung der Solarcity  
1247 Jülich. Dabei ist sowohl im Rheinischen Revier und auch bundesweit besonders zu berücksichtigen, wie  
1248 die energieintensive Industrie aufgrund der Energiewende steigende Energiepreise ihre Wettbewerbs-  
1249 fähigkeit behält. Die hohe Bedeutung der Energiekosten für ihre Produktion führt zu besonderer Ener-  
1250 gieeffizienz. Weitere Einsparmaßnahmen lassen sich oft nur mit Technologiesprüngen bewältigen. Im  
1251 Rheinischen Revier soll die Forschung auch der bestehenden Lehrstühle und Institute mit Produktions-  
1252 kompetenz stärker für die Entwicklung von Transformationstechnologien und -prozessen genutzt wer-  
1253 den: Der Institutsverbund Campus Melaten / Campus West an der RWTH Aachen soll um einen Ver-  
1254 bundansatz „Low Carbon Technologien mit einem neuen Institut ergänzt werden. Im Rhein Kreis Neuss  
1255 wird mit dem Campus Changeneering für die Sektoren Metall, Chemie und Gesundheit Forschung, Wis-  
1256 senschaft und Wirtschaft vernetzt und kooperativ Innovationen in den jeweiligen Bereichen aber auch  
1257 CrossOver unter besonderer Betrachtung der Digitalisierung vorantreiben und einen Raum- und Ver-  
1258 netzungsangebot für Gründer und Gründerinnen, Startups und Freelancer bieten.

1259 Die Universitäten, Hochschul- und Forschungseinrichtungen rund um das Rheinische Revier besitzen  
1260 eine ausgewiesene Exzellenz. Um die anstehende Transformationsaufgabe zu bewältigen, muss es da-  
1261 rum gehen, die Potentiale aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen für die Entwicklung der  
1262 Region noch wirkungsvoller nutzbar zu machen. Dazu sollen die Universitäten und Hochschulen  
1263 Aachen, Köln und Düsseldorf sowie das Forschungszentrum Jülich gemeinsam mit vielen weiteren wis-  
1264 senschaftlichen Einrichtungen durch die Nutzung ihrer exzellenten Forschung im Rahmen von Start-up  
1265 Centern Impulse für Gründungen und Ausgründungen in die Region setzen. Projekte sind das Exzellenz  
1266 Start-up Center plus, die Einrichtung eines Blockchaininstituts und der Aufbau einer New Business Fac-  
1267 tory.

1268 Um an die vorhandenen Potentiale im Mitteldeutschen Revier anzuknüpfen, bietet sich die Gründung  
1269 einer staatlich anerkannten privaten Hochschule, um anfänglich Bachelor-Programme in Elektrotechnik,  
1270 Informatik und Wirtschaftsinformatik an. Mit dieser technischen Ausrichtung könnte zudem das mit der  
1271 Schließung der Telekom-Hochschule in Leipzig entstandene technische Defizit ausgeglichen werden, da  
1272 die Universität Leipzig fast ausschließlich geisteswissenschaftlich geprägt ist. Das ebenfalls neue aufzu-  
1273 bauende Deutsch-Amerikanische-Institut (DAI) soll idealerweise mit angebunden werden.

1274 Die Glasbranche ist in der mitteldeutschen Region ein zukunftsträchtiges Kernelement für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Um qualifizierte Aus- und Weiterbildungsangebote im Bereich  
1275 Glas/Keramik/Baustoffe direkt in der Region anbieten zu können, könnte die Errichtung eines  
1276 „Glascampus Torgau“ einen wichtigen Beitrag leisten als hochqualifizierendes, akademisch ausgerichtetes  
1277 Weiterbildungszentrum für Fachkräfte der Glasbranche. Ziel ist die Sicherung und der Ausbau der  
1278 technischen Glasindustrie im Mitteldeutschen Revier mit überregionaler wirtschaftlicher Bedeutung.  
1279

1280 Als Kohlenstoffträger kann die Braunkohle als Rohstoff für die chemische und petrochemische Industrie  
1281 dienen. Sie wird in Deutschland noch über viele Jahre abbaubar sein. Um den Abbau der Braunkohle  
1282 allein für eine stoffliche Nutzung der Braunkohle wirtschaftlich zu betreiben, bedarf es weiterer For-  
1283 schung. Ein geeigneter Ansatz unter Nutzung der vorhandenen Potentiale im Mitteldeutschen Revier  
1284 wäre die Schaffung eines Modellprojektes des Fraunhofer Institutes zur weiteren stofflichen Nutzung  
1285 der Braunkohle.

1286 Wesentlich für die nachhaltige Entwicklung und die Zukunftsfähigkeit von Regionen ist es, dass Unter-  
1287 nehmen nicht nur auf die Anforderungen der Digitalisierung reagieren, sondern auch entsprechende  
1288 Geschäftsmodelle im Rahmen der Digitalisierung entwickeln können. Alle zukunftsgetragenen Prozesse  
1289 basieren auf der Erfassung und Nutzung großer Datenmengen. Eine hauptsächlich von KMUs geprägte  
1290 Unternehmenslandschaft wie in der Lausitz steht dabei vor besonderen Herausforderungen. Die einzel-  
1291 nen Unternehmen können im Allgemeinen weder in die Hardware noch in die spezialisierten Fachkräf-  
1292 te, wie z.B. Datenanalysten, in ausreichendem Maße investieren. Insofern gilt es in der Lausitz mit An-  
1293 bindung an die BTU Cottbus-Senftenberg Dienstleistungszentren (data warehouses, data mining, data  
1294 analysis) zur Unterstützung von KMU bei der Digitalisierung anzusiedeln. Als Politprojekt sollte ein ers-  
1295 tes Dienstleistungszentrum in Cottbus errichtet werden.

1296 **Experimentierklauseln, Reallabore und regulatorische Maßnahmen**

1297 Die betroffenen Regionen sollten zu Innovationsregionen werden, die neue Wege beschreiten. Ebenso  
1298 wie bei den Förderprogrammen muss der Bund – ebenso wie die Länder - dafür Spielräume in den vor-  
1299 handenen Regelungen und Rahmenbedingungen schaffen, die im Einklang mit den erreichten Standards  
1300 zum Beispiel im Umwelt- oder Arbeits- und Tarifrecht stehen. Bei der Identifizierung und Umsetzung  
1301 möglicher Ausnahmen müssen Bund und Länder eng zusammenarbeiten. Es sind Maßnahmen zu ergrei-  
1302 fen, die es erlauben in den Revieren Planungen zu beschleunigen, insbesondere im Hinblick auf kürzere  
1303 Genehmigungsverfahren.

1304 In Ergänzung dazu eignet sich das von der Bundesregierung auch in ihrem neuen siebten Energiefor-  
1305 schungsprogramm angekündigte Instrument der Reallabore, mit denen Vorhaben mit Pioniercharakter  
1306 für die Energiewende auf den Weg gebracht werden sollen. Es ist zu prüfen, ob einzelne Reallabore in  
1307 den Revieren als künftige Innovationsregionen unter regulatorischen Sonderbedingungen eingerichtet  
1308 werden können. Vor dem Hintergrund, dass Power-to-Gas zahlreichen Studien zufolge eine wichtige  
1309 Rolle bei der Flexibilisierung der Stromversorgung spielen und es in Zukunft einen erheblichen Ausbau-  
1310 bedarf von Power-to-Gas-Anlagen geben wird, sollte ein besonderer Schwerpunkt in den Reallaboren  
1311 der Strukturwandelregionen auf diese Technologie gelegt werden. Ein weiterer Schwerpunkt sollte dar-  
1312 über hinaus die Schaffung von Reallaboren im Bereich der „Grünen Fernwärme“ sein. Bei den Reallabo-  
1313 ren sollten auch die Erfahrungen aus den gegenwärtigen Sinteg-Projekten aufgegriffen werden.

1314 Auch hier gilt, dass durch eine intelligente Kombination von regulatorischen Freiräumen und einer un-  
1315 terstützenden finanziellen Förderung z.B. über einen Fonds die Reviere zu Vorreitern und Innovatoren  
1316 für bestimmte Themen werden können.

1317 Die Reduzierung von unnötiger, das heißt sachlich nicht gerechtfertigter Bürokratie und Verwaltungs-  
1318 aufwand sollte ein weiterer Baustein sein, um die Wirtschaft von unnötigem Aufwand zu entlasten. Der

1319 Schutz der Beschäftigten, der Verbraucher/innen, der Umwelt oder der Erreichung sozialer oder anderer  
1320 Gemeinwohlziele darf dem dabei jedoch nicht untergeordnet werden.

1321 Um die Strukturentwicklung auch europarechtlich zu flankieren, sollte durch die Bundesregierung mit  
1322 der Europäischen Union das Einvernehmen erzielt werden über

- 1323 • deutsche Sonderfördergebiete nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstaben a und c des Vertrags über  
1324 die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),
- 1325 • eine integrierte Neuausrichtung der EU-Struktur- und Forschungsförderung in neu auszuwei-  
1326 sendenden Sonderfördergebieten (Modellregionen) jenseits der Einzellogiken der heutigen unter-  
1327 schiedlichen Strukturfonds und
- 1328 • die Anpassung des EU-Beihilferechts für neu auszuweisende Sonderförderregionen (Modellre-  
1329 gionen),
- 1330 • Anpassung der Förderungsregime, sodass auch in Deutschland als KMU eingestufte Unterneh-  
1331 men, diese Förderung wahrnehmen können. Es gibt viele KMU, die Teil eines größeren Kon-  
1332 zerns sind und daher keine Förderung in Anspruch nehmen können.

### 1333 **Ansiedlung von Behörden und öffentlichen Einrichtungen**

1334 Die Kommission sieht die Notwendigkeit einer Selbstverpflichtung des Bundes und der Länder, in den  
1335 kommenden Jahren Neugründungen, Verlagerungen oder Erweiterungen von Behörden oder Einrich-  
1336 tungen prioritär in den betroffenen Regionen vorzunehmen. Behörden, die hierfür in Frage kommen,  
1337 sind unter anderem das Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik (BSI), und das Bundesverwal-  
1338 tungsamt. Durch eine Stärkung der Präsenz der öffentlichen Hand in den Revieren, vor allem durch die  
1339 Verlagerung und den Ausbau von Behördenstandorten in den Revieren, wird das Bekenntnis von Bund  
1340 und Ländern zur Zukunft der Reviere greifbar. Zudem unterstützen Beschäftigungs- und Kaufkrafteffekte  
1341 die regionale Entwicklung. Die Kommission hält es für sinnvoll und notwendig, für die Braunkohlereviere  
1342 klare Zielgrößen für die Zahl der anzusiedelnden Arbeitsplätze in Behörden des Bundes und der Länder  
1343 zu definieren.

### 1344 **Bildungseinrichtungen und Qualifizierung**

1345 Ziel der Qualifizierungsmaßnahmen ist es, die gut bezahlten Industriearbeitsplätze mit ihrem spezifi-  
1346 schen Wissen zu sichern und auszubauen. Um die bestehenden Arbeitskräfte weiterzuqualifizieren so-  
1347 wie den Nachwuchs in den Regionen zu halten, sind Investitionen in Qualifizierungsmaßnahmen sowie  
1348 die Bildungsinfrastruktur notwendig. Dies sichert einerseits einen Arbeitsmarkt mit besonderen Quali-  
1349 fikationssegmenten. Die resultierende Kaufkraft ermöglicht andererseits ein breites Angebot an Gütern  
1350 für das tägliche, lokale öffentliche Leben. Mittels geförderten Qualifizierungen und Weiterbildungen  
1351 kann es gelingen, diese Ressource weiterhin in der Energiewirtschaft sowie in weiteren Industrieberei-  
1352 chen zu nutzen. Die Vermittlung von Digitalisierungs- und MINT-Kompetenzen sollte dabei eine hervor-  
1353 gehobene Rolle einnehmen. Gleichzeitig muss auf die Gewinnung von Nachwuchs-Fachkräften geachtet  
1354 werden.

1355 Zudem sollen die Qualifizierungsprofile in den regionalen Arbeitsmärkten analysiert und wo nötig aus-  
1356 gebaut werden, um aus den wegfallenden Berufsbildern Profile für andere, neue Beschäftigungsmög-  
1357 lichkeiten zu entwickeln. Schließlich soll der Ausbildungs- und Bildungsbereich entsprechend neuer An-  
1358 forderungen und neuer struktureller Schwerpunkte angepasst und deutlich gestärkt werden, um jungen  
1359 Menschen eine Lebensperspektive in den Regionen zu bieten.

1360 Die Schaffung neuer, gut bezahlter (Industrie)Arbeitsplätze durch strukturpolitische Maßnahmen setzt  
1361 die Verfügbarkeit adäquat qualifizierter Fachkräfte voraus. Bildungsangebote und Qualifizierungsmaß-  
1362 nahmen sind daher eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Strukturpolitik in den Revieren -  
1363 insbesondere in den Regionen, die durch den demografischen Wandel mit einem Rückgang des Er-  
1364 werbspersonenpotenzials konfrontiert sind. Durch geförderte Qualifizierungen und berufliche Weiter-

1365 bildungen kann es zudem gelingen, die Qualifikationen der Beschäftigten in den Revieren an sich wan-  
1366 delnde berufliche Anforderungen anzupassen, so dass diese Arbeitskräfte weiterhin im Industriebereich  
1367 und in der Energiewirtschaft tätig sein können. Die Vermittlung grundlegender Digitalisierungs- und  
1368 MINT-Kompetenzen sollte dabei eine ebenso hervorgehobene Rolle einnehmen, wie die Gewinnung von  
1369 Nachwuchs-Fachkräften.

1370 Die Qualifizierungsprofile der Beschäftigten in den Revieren sollten analysiert und bei Bedarf ausgebaut  
1371 werden, um aus den wegfallenden Berufsbildern Profile für andere, neue Beschäftigungsmöglichkeiten  
1372 zu entwickeln. Für die jungen Menschen wiederum bedarf es der Anpassung und Stärkung des Ausbil-  
1373 dungs- und Bildungsbereiches entsprechend neuer Anforderungen und neuer struktureller Schwer-  
1374 punkte, um eine attraktive Lebensperspektive in den Regionen zu bieten.

### 1375 **Arbeitsmarktpolitik**

1376 Der Einsetzungsbeschluss beauftragt die Kommission an erster Stelle eine konkrete Perspektive für  
1377 neue, zukunftssichere Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen zu schaffen. In der Braunkohleindust-  
1378 rie und Energiewirtschaft handelt es sich um hochqualifizierte und daher auch entsprechend tariflich  
1379 vergütete sozialversicherungspflichtige Industriearbeitsplätze. Die Perspektiven für neue, tariflich abge-  
1380 sicherte Arbeitsplätze müssen daher einen vergleichbaren Standard bedienen, um einen Strukturbruch  
1381 zu vermeiden und die Wertschöpfung in den Regionen zu sichern. Mit dem aktiven und präventiven  
1382 Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente sollte sichergestellt werden, dass die Menschen in den  
1383 Revieren in ihren Kompetenzen gestärkt werden und Neuansiedlungen und Neugründungen von Un-  
1384 ternehmen oder Forschungseinrichtungen nicht durch Fachkräftemangel behindert werden.

1385 Zentrale Anliegen der Kommission sind die Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen und die Schaf-  
1386 fung hochwertiger und zukunftssicherer Arbeitsplätze, die gerade auch für die Arbeitnehmer und Aus-  
1387 zubildenden in der Kohleindustrie neue Beschäftigungsperspektiven eröffnen. Den Menschen in den  
1388 Revieren stehen dafür alle Maßnahmen und Dienstleistungen des SGB III zur Verfügung, um ihre indivi-  
1389 duelle Beschäftigungsfähigkeit im Wandel zu sichern und auszubauen. Dazu gehören unter anderem  
1390 Beratungs- und Vermittlungsangebote, Transferleistungen, Hilfen für Existenzgründer und Berufsorien-  
1391 tierungsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler. Eine enge Verzahnung auf Bundes- und Landesebe-  
1392 ne stellt dabei sicher, dass die handelnden Akteure ihre Ressourcen bündeln und gemeinsame Lösun-  
1393 gen für die Reviere finden, vorhandene Instrumente koordiniert nutzen und bei Bedarf neue Angebote  
1394 konzipieren, die sich ergänzen.

1395 Die Unternehmen, insbesondere die Betreiber, sollten frühzeitig gemeinsam mit der Bundesagentur für  
1396 Arbeit Weiterbildungen und Qualifizierungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglichen.

1397 Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sollten durch Analysen des bisherigen Strukturwandels in den  
1398 Revieren unterstützt werden: seit mehr als 20 Jahren werden Arbeitsplätze in den Tagebauen und den  
1399 dazugehörigen Kraftwerken abgebaut. Eine Analyse des Verbleibs der Beschäftigten, die in der Vergan-  
1400 genheit ihren Arbeitsplatz in den Revieren verloren haben, kann bspw. Personengruppen identifizieren,  
1401 die besonders von Arbeitslosigkeit gefährdet sind und einer besonderen Förderung bedürfen. Eine sol-  
1402 che Analyse kann zudem Erfolgsfaktoren und Wirkungszusammenhänge zwischen den Potenzialen der  
1403 Beschäftigten und Qualifizierungsmaßnahmen für die Braunkohlebeschäftigten identifizieren, die für  
1404 die Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik vor Ort genutzt werden können<sup>28</sup>.

1405 Bei einer sukzessiven Schließung von Tagebauen und Kraftwerken besteht die Möglichkeit des Arbeits-  
1406 platzwechsels zwischen den verschiedenen Standorten innerhalb der Braunkohleunternehmen, aber  
1407 auch des Wechsels über Unternehmens- und Reviergrenzen hinweg. Potenzial für eine solche „interne

---

<sup>28</sup> Eine erste Analyse des Verbleibs früherer Braunkohlebeschäftigter haben Franke et al. (2017) vorgelegt.

1408 Vermittlung“ besteht, wenn etwa durch Übergänge in den Ruhestand Stellen an bestimmten Standor-  
1409 ten zu besetzen sind und entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte an anderen Standorten durch die  
1410 Schließung von Tagebauen ihren Arbeitsplatz verlieren. Mobilitätshilfen ermöglichen es den betroffe-  
1411 nen Arbeitskräften, ihre speziellen Qualifikationen möglichst lang zu nutzen, und sie reduziert für die  
1412 Braunkohleunternehmen den Aufwand, hoch spezialisierte Arbeitskräfte zu qualifizieren oder befristet  
1413 zu rekrutieren.

1414 Die Bundesagentur für Arbeit sollte frühzeitig in die für den Strukturwandel verantwortlichen Begleit-  
1415 gremien eingebunden werden, um ihre Arbeitsmarktexpertise zur Zukunftsfähigkeit von Berufen sowie  
1416 vorhandener und benötigter Kompetenzen und Qualifikationen der Beschäftigten einbringen zu kön-  
1417 nen. Es bedarf der Transparenz über das Qualifizierungsangebot in den Revieren und über Handlungs-  
1418 bedarfe bei der Anpassung bestehender Qualifizierungsangebote, damit Neuansiedlungen und Neu-  
1419 gründungen von Unternehmen oder Forschungseinrichtungen nicht durch Fachkräftemangel behindert  
1420 werden.

#### 1421 **Regionale Verankerung und Beteiligung der Zivilgesellschaft**

1422 Strukturentwicklung kann nur gemeinsam mit den Menschen gelingen, für die die Regionen Teil ihrer  
1423 Identität und ihre Heimat mit Tradition und Zukunft sind. Dafür notwendige Schritte sollten aus den  
1424 Regionen heraus organisiert bzw. fortgeführt werden, um die Menschen in die Veränderungsprozesse  
1425 aktiv einzubinden. Es geht dabei nicht nur um ökonomische Rahmenbedingungen, sondern auch um die  
1426 Attraktivität der Regionen in ihrer landschaftlichen Vielfalt, den kulturellen Traditionen sowie die Le-  
1427 bensqualität und Daseinsvorsorge. Zur Aktivierung des bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen  
1428 Engagements in den Regionen und der Förderung von Kunst und Kultur sind zielorientierte Förderpro-  
1429 gramme nötig. Dies schließt im Lausitzer Revier die Förderung von Kultur und Identität der Minderheit  
1430 der Sorben/Wenden ein. Eine Beratung potenzieller Antragsteller zu allen Förderprogrammen ist sicher-  
1431 zustellen.

1432 Von zentraler Bedeutung wird dabei die Verzahnung der bereits vorhandenen regionalen Akteure unter  
1433 einem Dach für den Strukturwandel in jeder Region sein, um z.B. zur Einwerbung von Fördermitteln oder  
1434 als Ansprechpartner für den Bund und die EU einheitlich auftreten zu können.

#### 1435 **Förderprogramme**

1436 Die Kommission hält es für erforderlich, die Förderlandschaft für die Reviere noch effektiver zu gestalten  
1437 und vor Ort mehr Kapazitäten zu schaffen, um Fördermittel zielgerichtet einsetzen zu können. Alle Bun-  
1438 desressorts müssen ihre Förderprogramme daraufhin überprüfen, wie Fördervoraussetzungen, -  
1439 konditionen und –volumen für einen prioritären Mitteleinsatz in den Regionen angepasst werden müs-  
1440 sen und wo Flexibilisierungen möglich sind. Allerdings werden die Kommunen die finanziellen Lasten  
1441 nicht oder nur minimal mittragen können. Vor diesem Hintergrund sollten für den Einsatz in den Revie-  
1442 ren die von den örtlichen Akteuren zu erbringenden Eigenanteile abgesenkt werden können, bzw. alter-  
1443 native Finanzierungsformen für die Eigenanteile zu etablieren. Die Kommission hält es für erforderlich,  
1444 die Kommunen bei den erforderlichen Planungs- und Verwaltungskapazitäten in diesem Bereich durch  
1445 intelligente Lösungen zu unterstützen.

1446 Besondere Beachtung müssen die beihilferechtlichen Vorgaben der Europäischen Union erfahren, die  
1447 den Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten vorgeben. Die Bundesregierung sollte sich frühzeitig für  
1448 notwendige Anpassungen der einschlägigen Beihilfeleitlinien einsetzen. Zudem müssen angedachte  
1449 Ausweitungen bestehender Schutzmechanismen oder neue Mechanismen mit ausreichendem Vorlauf  
1450 einer beihilferechtlichen Prüfung unterzogen werden.

1451 Sofern künftig nicht alle Reviere durchgängig GRW-Fördergebiet sind. wäre zu prüfen, wie diese über eine  
1452 neue Förderrichtlinie Infrastrukturvorhaben und weitere Projekte im Rahmen eines Sonderfördergebietes  
1453 in die Finanzierung bringen können.

1454 Die Reviere partizipieren bisher in recht unterschiedlichen Maße an existierenden Förderprogrammen.  
1455 So fließen insbesondere in die Lausitz nur in relativ geringem Umfang Mittel aus FuE-  
1456 Förderprogrammen.<sup>29</sup> Daher sollte überprüft werden, inwieweit durch eine Anpassung der Förderbe-  
1457 dingungen und eine unterstützende Infrastruktur vor Ort die Absorptionsfähigkeit der Reviere verbes-  
1458 sert werden kann. Vor allem KMU, die die Wirtschaftsstruktur in den ostdeutschen Regionen prägen,  
1459 können bei der Beantragung von Fördermitteln mit nicht unerheblichen Hemmnissen konfrontiert  
1460 sein.

1461 5.3.1. Maßnahmen des Bundes

1462 5.3.2. Maßnahmen der Länder und Kommunen

1463 5.3.3. Europäische Rahmenbedingungen

1464

1465 5.4. Institutionelle Verankerung

1466

1467 6. Monitoring und Revisionsklauseln

1468

1469 7. Anhang

1470

---

<sup>29</sup> Siehe schriftliche Antwort des Bundes zur Abfrage strukturpolitischer Maßnahmen, Sitzung am 23.08.2018.